

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Deutschland nach der Zeitenwende (4)

Das „Gesamtkunstwerk“: Renten, Krankenversicherung, Steuern und andere Baustellen

Was die amtierende Arbeits- und Sozialministerin Bas dazu bewegen haben mag, wird ihr Geheimnis bleiben. Sie lobt jedenfalls das Kürzungspapier der Rentenkommission im Juni 2026 als ein „Gesamtkunstwerk“, erteilt ihm den Sozialverträglichkeitsstempel der SPD und warnt gleichzeitig davor, das Kunstwerk wieder aufzuschnüren. Die Bundesregierung gibt sich im Moment geschlossen und einverstanden mit den Maßnahmen zum Um- und damit Abbau sozialer Eckpfeiler. Die gesamte politische Führung des Landes geht in Deckung hinter einer Vorschlagsliste von Experten und Politikberaterinnen. Das Paket dürfte nicht mehr aufgeschnürt werden, sonst sei die schöne Reform dahin und damit die Zukunftsfähigkeit des Landes. Diese Taktik ist nicht von politischem Verstand geprägt, sondern allein von Angst. Angst davor, nicht „liefern“ zu können, wie es neudeutsch heißt, als sei die Regierung ein Pizzaservice. Angst davor, die Quittung in der Form fehlender Wählerinnenstimmen zu bekommen.

Angst letztlich davor, den Abgang der „Großen“ Koalition eingeläutet zu haben und die Steigbügel für eine Regierung „Irgendwas mit AfD“ gehalten zu haben.

Renten: zu knapp, dafür aber später

Die 33 Vorschläge der Kommission, das Rentensystem zukunftsfähig zu machen, ohne es zur Gänze abzu-

fackeln, müssen nicht einzeln durchleuchtet werden, um festzuhalten, dass die Rente als Einkommenssicherung und -basis im Alter der Vergangenheit angehört. Wer auf die Rente als einziges Einkommen angewiesen ist, wird davon nicht mehr menschenwürdig leben können. Bezieherinnen und Bezieher von Altersruhegeld benötigen nach ihren eigenen Erfahrungen

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Deutschland nach der Zeitenwende (4)	1
Die Islamische Republik Iran	7
Iran vor der Islamischen Republik	15
Vierte Gewerkschaftliche Friedenskonferenz in Würzburg	19
Wieder ist ein Dominostein gefallen und wieder nach rechts	25
Linke Mythen	28
Briefe an die Redaktion	30
Rezension: Der Genozid in Palästina	31
Impressum	31

In eigener Sache

Da ist also eingetreten, was seit Jahren erwartet worden war. Die AfD rückt in Sachsen-Anhalt haarscharf an die absolute Mehrheit heran. Die Partei stellt nicht selbst die Mehrheit für den Ministerpräsidenten, aber sie verhindert jede andere denkbare Regierungsbildung der wertebasierten, bürgerlichen Mitte. Wie das Dilemma zu lösen sein wird, darüber wird viel spekuliert. Wir werden keine weitere Idee zur allgemeinen Ratlosigkeit beitragen.

Bemerkenswert ist anderes: Das Wahlvolk ist der vielen öffentlichen Kompetenzbehauptungen der regierenden Politik mit ihren Experten und Beraterinnen müde geworden. Nur mehr eine Minderheit gibt den bürgerlichen Parteien aus irgendeiner Überzeugung heraus ihre Stimme. Die Mehrheit hat das Wahlrecht neu entdeckt, die Resignierten der letzten Jahre strömen in die Wahlkabinen zurück. Das Ergebnis schlägt den Anhängern der Demokratie deutscher Art ins Gesicht, egal ob Protest, Wut, Ressentiment, Angst oder Verzweiflung die Hand beim Kreuzchenmalen führen.

Die Demoskopie kann den Wandel nur nachzeichnen. Die „traditionellen“ Kompetenzzuschreibungen, also CDU und Wirtschaft, SPD und Sozialbelange, GRÜNE und Umwelt, funktionierten in Sachsen-Anhalt nicht mehr. Da hieß es: AfD und alles. Ein tiefsitzendes Misstrauen in die bisherige Politik hat viele Menschen ergriffen, die seit Jahren zunehmend ihren Alltag und ihre Lebensplanung bei all den Kahlschlagsversuchen der Regierungen in Gefahr sehen. Nicht die AfD sammelt die Kompetenzen bei sich, die anderen verlieren sie. Wenn das stärkste Argument für die Wahl der SPD (oder GRÜNEN oder LINKEN) ist, dass damit die AfD verhindert werden soll, dann wird dieses Motiv nicht lange tragen. Makaber mutet es an, wenn Ministerin Bas am Wahlabend das Ergebnis der einstimmigen SPD als Stabilisierung ihrer Partei verkauft, ohne auch nur in die Nähe der tatsächlichen Probleme zu rücken.

Weitere Durchbrüche der Rechtsradikalen bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind denkbar, auch wenn sie nicht das Aus-

maß von Sachsen-Anhalt erreichen werden, Einbrüche der etablierten Parteien inklusive.

Unser Eingangsartikel beschäftigt sich, aus aktuellem Anlass, mit der sogenannten Reformpolitik der Bundesregierung. Abgeschlossen wurde er vor der Wahl in Sachsen-Anhalt, deren Ergebnis aber so oder so keine Veränderung in der Einschätzung ihrer Folgen bedeutet hätte. Die längeren Linien der Zeitenwende dominieren die Beurteilung.

Ein ausführlicher Bericht von der 4. gewerkschaftlichen Friedenskonferenz in Würzburg steht für die innenpolitische Entwicklung, die uns zurzeit am hoffnungsvollsten erscheint. Weil sowohl junge Männer als auch die Lohnarbeiterschaft im Fertigungsbereich in den Fokus der Aufrüstungswelle geraten sind, ist es entscheidend wichtig, dass der Widerstand in diesen Bereichen wächst. Die noch zarten Anfänge sind im Artikel kompetent zusammengeführt.

Unsere Analysen zum Iran, dessen Atomprogramm und den gegen ihn geführten Kriegen, die wir in der letzten Nummer vorgestellt haben, werden in dieser Ausgabe fortgeführt. Das Hauptinteresse liegt auf den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Islamischen Republik, deren Erfassung ein umfassenderes Bild dieses Landes erlaubt, ohne auf die holzschnittartigen, floskelhaften Beschreibungen der hiesigen Medien zurückgreifen zu müssen.

Ergänzt wird diese umfassende Darlegung mit einer geschichtlichen Einordnung des vormodernen Persiens bzw. des Iran im 20. Jahrhundert.

Ein weiterer, inzwischen schon traditionell zu nennender Schwerpunkt befasst sich mit Südamerika. Diesmal wird der politische Rechtsruck in Kolumbien zum Anlass genommen, sich näher mit den inneren Verhältnissen zu beschäftigen. Eine Bestandsaufnahme der Situation, in der sich die Nationale Befreiungsbewegung ELN befindet, ergänzt die Ausführungen.

Etwas anders verhält es sich mit dem kritischen Artikel, der Bezug nimmt auf eine in der „jungen Welt“ erschienenen Darstellung. Die Frage, wie der große Sozialprotest in Chile 2019 schließlich zur Wahl eines Rechtsextremisten zum Präsidenten 2026 führen konnte, erfährt jetzt eine andere Antwort.

Wir sind bemüht, unsere Zeitschrift frei von den Irrlichkeiten des amerikanischen Präsidenten zu halten, wenn es nicht aus sachlich-inhaltlichen Gründen sein muss. Leider kommt man nur schlecht drum rum. Was sich aus seiner Warte als Monopoly für große Jungs darstellt, ist für ganze Völker ein Todesurteil. So wird er in der Tagesschau mit Bezug auf Kuba zitiert: „Ob ich es befreie oder übernehme, ich kann damit machen, was ich will.“ Ein Land mit 10 Millionen Menschen steht auf seiner Ereigniskarte. Leid und Mangel, Verzweiflung und Entwürdigung für dieses so widerständige Volk, das zu besseren Zeiten Vorbild sein konnte für so viele, die frei sein wollten, steht auf der Rückseite. So weit, so normal, wenn man den Kapitalismus als normal ansieht. Unseren Menschenrechts-Weltmeistern und Völkerrechts-Champions in den Parlamenten und außerhalb fällt dazu nur das große, regelbasierte Schweigen ein. Werte und Normen sind eben nur dort gut, wo sie den eigenen Interessen nicht schaden.

Georg Auernheimer hat seine Analyse der Lage im Nahen Osten unter dem Titel „Der Genozid in Palästina“ 2026 in Buchform veröffentlicht. Eine kurze Rezension stellt seine Ergebnisse vor.

Die Arbeiterstimme schließt mit einem letzten Leserbrief zum Thema die Dokumentation der Diskussion über Heiner Karuscheits Werk zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs ab.

Es bleibt dabei: wir sind davon überzeugt, dass unsere Positionen, die wir uns erarbeiten, für eine linke Bewegung in Deutschland, wenn es sie einmal geben wird, Denkanstöße und Hilfestellungen anbieten können. Deshalb bitten wir Euch, Leserinnen und Leser, uns zu helfen, unser Projekt weiterhin zu verfolgen.

Diskutiert unsere Inhalte, gebt uns Rückmeldungen.

Unterstützt uns, wir sind darauf angewiesen.

Beachtet bitte bei euren Überweisungen die Neue Bankverbindung:
M. Derventli, GLS-Bank
IBAN: DE70 4306 0967 1353 5653 00
BIC: GENODEM1GLS

gen im Durchschnitt etwa 80% des früheren Nettolohns. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung übersetzt diesen Bedarf im Sinne seiner Auftraggeber, des Gesamtverbandes der Versicherer, so, dass „die Menschen sich 78 Prozent von ihrem letzten Nettogehalt für ihre Rente wünschen.“

Doch das Leben im Alter ist kein Wunschkonzert, es reichen „als Mindestmaß, um über die Runden zu kommen“, auch mal 58 Prozent (www.gdv.de/medien/medieninformationen/rentenkommission).

So geht man also mit knappen Bezügen großzügig um und rechnet den Bedarf auf alle drei Säulen zusammen hoch. Die gesetzliche Rente, die betriebliche und die private Altersvorsorge stehen für das Alterseinkommen. Dabei garantiert allein die gesetzliche Rente den errechneten Betrag. Die betriebliche Altersversorgung organisiert der Arbeitgeber, die Beiträge werden am Kapitalmarkt angelegt. Wenn alles gut geht, ein einigermaßen berechenbarer Einkommensteil, aber keine Garantie. Richtig zugreifen werden die Finanzmärkte dann, wenn eine Gesetzliche Kapitalrente eingeführt wird mit zwei Prozent zusätzlichem Beitragssatz. Das sogenannte schwedische Modell, von dem die deutschen Medien schwärmen, soll staatlich zentral verwaltet werden, Diese Anlaufstelle wählt Finanzprodukte mal mit mehr, mal mit etwas weniger Risiko vorab zur Anlage aus, die Anleger und Anlegerinnen dürfen dann abschließen.

So wird aus denen, die nichts zu verschenken haben, weil ihr Einkommen kaum hinreicht, doch noch eine Schar von Aktionärinnen und Aktionären. Da werden „neue Chancen“ eröffnet, weil erst Produkte mit abgesenkten Garantien „attraktive Renditechancen“ ermöglichen. So erklärt jedenfalls der Gesamtverband der Versicherer das deutsche Rentensystem. Das ist zynisch, aber verständlich, weil die Versicherer auch vom permanenten Geldregen profitieren.

Wird also das Rentensystem in zunehmendem Maße privatisiert und damit unsicherer, wird nach den Vorstellungen der Kommission ein Faktor sicherer werden: in ihren Empfehlungen 5 und 6 soll nach Ablauf der gegenwärtigen Regeln, 2031, die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Jedes



Jahr verlängerte durchschnittliche Lebenserwartung würde den Rentenbeginn nach diesem Modell um acht Monate nach hinten verschieben. Die Versicherer zeigen sich zufrieden: das sei „ein ausgewogener Ansatz, der die Lasten fair verteilt.“ Sollte diese Empfehlung im Zuge der gesetzlichen Verabschiedung ohne größere Auseinandersetzungen durchgehen, wäre damit ein Hebel für eine permanente Verlängerung der Lebensarbeitszeit geschaffen, der künftigen Rentenbezieherinnen und -bezieher Planungsicherheit nimmt und das Risiko, in den letzten Arbeitsjahren entlassen zu werden, potenziert.

Wird dieser Eingriff seine negativen Folgen erst später offenbaren, so wird ein damit verknüpfter Vorschlag, so steht zu vermuten, eine politische Kraftprobe auslösen. Und auslösen müssen, weil zu viele neue Verrentungen davon betroffen sind: die abschlagsfreie „Rente mit 63“ bei 45 Beitragsjahren soll abgeschafft werden. Damit steht aber ein Modell vor seinem Ende, das im Jahr 2024 noch von etwa 30 Prozent aller Verrentungen genutzt wurde. Das angesprochene Rentenmodell ist der allgemeinen Verlängerung des Renteneintrittsalters unterworfen, wie die Altersrente auch. Niemand geht mehr mit 63 Jahren ohne Abschläge, gegenwärtig liegt die Grenze bei 64 Jahren und 4 Monaten, demnächst wird sie bei 65 Jahren ankommen. Trotzdem

bietet sie den Menschen mit einer langen, möglichst ungebrochenen Erwerbsbiografie Gelegenheit, die Lohnarbeit etwas früher hinter sich zu lassen. Konkret, nach den statistischen Zahlen der Deutschen Rentenversicherung, nutzen 28 Prozent aller Neurentner (darunter ein deutlich geringerer Anteil an Neurentnerinnen) im Westen diese Möglichkeit, im Osten sogar knapp 33 Prozent. Geht man gegenwärtig von etwa 1,5 Millionen neuen Verrentungen aus, sind pro Jahrgang fast eine halbe Million Menschen von den geplanten Verschlechterungen in diesem Bereich betroffen. (statistische Angaben nach <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/debatte-abschlagsfreie-rente-100.html>).

Hinter dem Theaterdonner von der Zukunftsfähigkeit des deutschen Rentensystems werden quer durch die Republik bestehende Rechte eingekassiert, was im Osten noch deutlich mehr Menschen mit durchschnittlich noch weniger Rücklagen als im Westen trifft. Dass dann von drohender Altersarmut die Rede ist, dürfte die Verantwortlichen nicht wundern. Mit „besserer Kommunikation“ ist es da nicht getan.

Die ostdeutschen Ministerpräsidentinnen haben sich für die Beibehaltung der abschlagsfreien Rente mit dann 65 ausgesprochen. Die anstehenden Landtagswahlen im September mögen dabei eine wichtige Rolle spielen. Ob die Landesfürstinnen dem Widerstand ein dauerhaftes Gesicht geben können oder wollen, wird man sehen. Das SPD-Geschwurbel, wonach es der Respekt vor der Lebensleistung der langjährig Versicherten gebiete, das Modell beizubehalten, wird wenig bewirken. Mehr Fakten könnten die Diskussion eher auf die Beine stellen und vor allem das Problem der Altersarmut umfassender thematisieren. Dass dies innerhalb des Parlaments der Fall sein wird, darf zu Recht bezweifelt werden.

Die Opposition muss von außerhalb, von den Gewerkschaften, den Sozialverbänden, von allen Engagierten kommen. Wenn aber die Wählerinnen und Wähler den Unmut über den leichtfertigen Umgang mit ihrer Alterssicherung mit in die Wahlkabine nehmen, kann dies zu weiteren Niederlagen der „Volksparteien“ führen. Die partei- und parlamentsorien-



tierte Politik versteht nur diese Sprache, deshalb sind die Entscheidungen jenseits der vorgetäuschten Einigkeit in den Reformangelegenheiten noch nicht gefallen. Es kommt auf den öffentlichen Gegendruck an.

Kranken- und Pflegeversicherung: wer mehr will, soll selbst zahlen

Was zuletzt für die Reform der Rentenversicherung gesagt wurde, gilt für alle anderen Sozialbereiche in gleicher Weise. Die Regierung mit ihrem Kanzler bläst die Backen auf und beansprucht für sich allein, den richtigen Weg in die Zukunft zu weisen. Man wisse, was richtig sei, das Basta sollen sich alle dazu denken. Natürlich soll es auch noch schnell gehen, ehe wieder alles zerredet werde.

Schnell ging in der Tat der Neubeschluss des Beitragsstabilisierungsgesetzes im Juli 2026, der die Gesetzliche Krankenversicherung aushöhlt und Zuzahlungen einführt bzw. stark anhebt. Nebenbei bemerkt, es bewährt sich inzwischen regelmäßig, unpopuläre oder für die Steuerzahlenden teure Gesetzesvorhaben in die Zeit großer Fußballturniere zu legen. Das verteilt die Aufmerksamkeit so schön.

Aber jetzt zu den Fakten: Jede Verordnung für Medikamente und Heilmittel kostet künftig 50 Prozent mehr, von 7,50 bis 15 Euro. Zahnersatzleistungen werden von der GKV nicht mehr zu 60 Prozent übernommen, sondern nur mehr zu 50 Prozent. Am Zahnstatus wird mehr und mehr die soziale Lage der Betroffenen erkennbar.

Beitragsfrei mitversicherte Ehe- und Lebenspartner kosten künftig einen Zuschlag von 2,5 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen.

Ausnahmen von den neuen Zuzahlungen dürfen dann beantragt

und nachgewiesen werden. Aber Bürokratieentlastung ist ja nur ein Thema für Betriebe, nicht für diejenigen, die Leistungen oder, in diesem Fall, Freistellungen benötigen. Deren Zeit ist eben nicht Geld, sondern ein Kostenfaktor. Darum wird auch die Krankschreibung weiter verkompliziert. Per Telefon war früher; am ersten Tag der Krankmeldung darf man zum Arzt, um sich eine Bescheinigung ausstellen zu lassen. Der blühende Unsinn hat noch viele Triebe: Teilkrankschreibungen und, wichtig, Teilkrankengeld in drei (!) Stufen ergänzen den Maßnahmenkatalog. Schließlich sollen ja nicht die Krankheiten, sondern die Krankschreibung, und damit letztlich die Kranken, bekämpft werden.

Zur Ärztin dürfen Patientinnen und Patienten zweimal, wenn Knie-, Schulter-, Wirbelsäulen- oder Hüftoperationen anstehen, weil eine Diagnose für die Kostenübernahme durch die GKV nicht ausreicht. Eine Zweitmeinung wird vorgeschrieben und die Wartezimmer der Ärzte und Fachärztinnen füllen sich mit bürokratischen Erfordernissen.

Mit diesen zusätzlichen Schikanen, die angeblich verhindern sollen, Beitragssätze für die GKV zu erhöhen, sei mehr Gerechtigkeit erreicht worden, Gerechtigkeit bei den Belastungen im Gesundheitssystem. Jede und jeder habe seine Lasten zu tragen.

Das hört sich im Einzelnen ein wenig anders an. Das Deutsche Ärzteblatt weist im November 2025 darauf hin, dass die Pharmaindustrie als einer der letzten prosperierenden Wirtschaftszweige von der Bundesregierung nicht weiter belastet werden soll. „Wir haben uns viele Dinge angeschaut und gesehen, bei der Pharmaindustrie ist die Zitrone ausgepresst“, so lässt sich der vormalige Kanzleramtsminister Freizitieren (<https://www.aerzteblatt.de/>

news/bundesregierung-macht-pharmaindustrie-grosse-versprechungen). „Reformen müssten deshalb auf ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht, weniger Regulierung und Bürokratie sowie eine Senkung der Lohnnebenkosten abheben.“ Die ausgepressten Zitronen tanken also neuen Saft. Schließlich gilt: „Die Türen im BMG (Gesundheitsministerium) stehen Ihnen immer offen. Wenn es bei Ihnen gut läuft, geht es Deutschland gut.“

Gleicht man diese Beschwichtigungen mit den Beschlüssen vom Juli 2026 ab, sieht man, dass die Belastungen für die Industrie sich tatsächlich in einem sehr überschaubaren Bereich bewegen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young (EY) analysiert die Veränderungen im Preis- und Vertragsrecht für ihre Kunden aus der Arznei- und Hilfsmittelindustrie, um ihren Kunden strategische Perspektiven aufzuzeigen, wie damit umzugehen ist. Und alles ohne jeden Schmus und Schönfärberei (https://www.eylaw.de/de_de/news/2026/die-gkv-reform-2026-einschnitte-auch-fuer-die-pharma-und-medtech-industrie).

Der Herstellerabschlag soll dynamisiert und an die Arzneimittelausgaben sowie die beitragspflichtigen Einnahmen gekoppelt werden. Die Einsparwirkung werde im Gesetzesentwurf auf 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2027 geschätzt. Damit sind stramme 5 Prozent der Gesamteinsparungen im Gesundheitsbereich abgedeckt, die im ersten Jahr insgesamt fast 20 Milliarden Euro betragen sollen. Die Entwicklung des Abschlags in den Jahren ab 2028 sei nicht festgelegt, dies müssten die Unternehmen in ihre Planungen einbeziehen. Insbesondere die abschlagsfreie Entwicklung neuer Wirkstoffe in Deutschland werde von der Regierung genutzt, um klinische Forschung und Produktion im Lande zu halten oder neu einzurichten.

Den Planungsunsicherheiten stehen „strategische Gestaltungsfelder“ gegenüber, die zur Kostenreduzierung genutzt werden müssten. Dies betreffe Preis- und Mengenverhandlungen mit Kunden von der GKV bis zu Apotheker- und Ärzteverbänden genauso wie die Verhandlungen mit den eigenen Betriebsangehörigen. Speziell die Einführung der Teilarbeitsunfähigkeit wird dabei angesprochen.

Strategische Gestaltungsfelder stehen den GKV-Versicherten leider nicht zur Verfügung, zumindest hat EY keine entdeckt. Das ist ja auch nicht ihr Interesse.

Was machen dann die Betroffenen, die, wenn's gut läuft, nur mäßige Beitragserhöhungen auf ihren Lohnbescheinigungen finden, die aber massive Steigerungen der Zuzahlungen zu erwarten haben? Medikamentierungen strecken oder auf die eine oder andere Zahnsanierung verzichten?

Wie wär's mit dem Wechsel zur Privaten KV, wenn das Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze liegt? Aber auch für die ärmeren Schlucker hat die PKV etwas im Angebot. Die Krankenzusatzversicherung könne ausfallende Leistungen der GKV ausgleichen oder mildern, bloß hat das seinen Preis.

Die Betroffenen müssen zur Kenntnis nehmen, dass die von der Bundesregierung angestrebte Konsolidierung der Krankenversicherungsbeiträge für sie teuer werden wird. Nach den Planungen und Erwartungen der Verantwortlichen wächst die Deckungslücke in der Krankenversicherung von knapp 20 Milliarden Euro im Jahr 2027 auf über 42 Milliarden im Jahr 2030 an, die durch Kürzungen, Minderleistungen und Privatisierungen von den Versicherten gedeckt werden sollen. Entweder zahlen sie dafür mit ihren Ersparnissen oder mit ihrer Gesundheit.

Dass die Vorstellungen der Regierung bei den Betroffenen nicht auf Zustimmung stoßen, kann man beinahe täglich an Umfragewerten ablesen, die sich im freien Fall befinden. Trotzdem ist es in Deutschland noch viel zu ruhig. Es scheint so, dass alle auf die nächsten Wahlen starren und sich davon irgendeine „Lösung“ eines an sich unhaltbaren Zustands erwarten. Die einen, die die AfD dämonisieren und den sofortigen Untergang der deutschen Demokratie

prognostizieren und die anderen, die den gordischen Knoten mit Hilfe der Rechtsaußen-Partei durchschlagen wollen.

Weder die einen noch die anderen nehmen die institutionellen Grenzen eines Wahlergebnisses zur Kenntnis. Weder die einen noch die anderen sehen den Klassencharakter des Staates, weder die einen noch die anderen durchschauen die Fassade.

Weder die einen, die sich schon in der Illegalität und im Widerstand wähnen, noch die anderen, die in einem migrantenfreien Land das Glück auf Erden suchen und ein vergangenes Deutschland imaginieren, das nie existierte.

Beide Lager hegen die Hoffnung, ausgerechnet ein Wahlsieg der eigenen Partei oder die Verhinderung der anderen könnte alles wieder ins Lot rücken. Sie haben nichts von der gegenwärtigen Krise verstanden.

Pflege und Inklusion: einfach selber machen

Geld. Immer wieder Geld beziehungsweise der Mangel daran engt die Grenzen des Systems der sozialstaatlichen Sicherung weiter ein. Ähnlich wie das Prinzip der Umlagefinanzierung in der Rentenversicherung ist die Pflegeversicherung mit der Tatsache konfrontiert, dass im Verhältnis zum Finanzierungsbedarf sukzessive weniger Einnahmen erzielt werden.

Und diese Basis droht weiter zu schwinden, wenn man sich die massiven Forderungen der deutschen Industrie vergegenwärtigt, die „Lasten“ der Sozialversicherung abzubauen, um die Arbeitskosten zu senken. Die Differenz lastet auf den Steuerzahlenden ebenso wie auf den von Leistungskürzung Betroffenen. Andere Beitragsquellen, welche die in die Jahre gekommene Finanzierung zumindest ergänzen, sind tabu. Keine adäquaten Beiträge von Einkommensbeziehern über und außerhalb der Versicherungspflichtgrenze, keine Sozialversicherungsbeiträge aus Kapitalerträgen und -besitz. Keine Versicherungspflicht aus der Automatisierung und Digitalisierung, die Gewinne aus der Produktivitätssteigerung bleiben durchgehend im Privatbesitz der Unternehmerinnen und

Unternehmer. So wird die zunehmende Zahl von Leistungsbezieherinnen in der Pflege wie im Inklusionsbereich weniger als die Wegmarke realer Verhältnisse gesehen, mit der man rational zu planen und umzugehen hat, sondern als Last und Bedrohung eines Sozialsystems. Die Menschen werden wegen ihres Alters, ihrer Einschränkungen oder ihrer Pflegebedürftigkeit als Problem markiert und behandelt.

Dass für die Pflegeversicherung, die seit ihrer Einrichtung über 30 Jahre besteht, kein Einnahmensystem entwickelt wurde, das den demografischen Veränderungen seither Rechnung trägt, ist den Regierenden dieser Zeit anzulasten. Die permanente Steigerung des Beitragssatzes kann keine Lösung sein, sondern wälzt die Kosten auf die Versicherten ab. Auf die Versicherten, denen am Schluss keine Leistungen für ihre Einzahlungen mehr garantiert sind; deren Eigenanteile gerade für die Pflegeheimbewohnerinnen ohne Deckelung steigen.

Laut Süddeutscher Zeitung vom 27. August 2026 liegt der durchschnittliche Eigenanteil bei 3364 Euro. Ein schlechter Witz, wenn man die Durchschnittsrente von etwas über 1400 Euro dagegenhält. In Scharen landen die Durchschnittsbezieher, deren Lebensleistung angeblich respektiert werden sollte, als Sozialfälle auf der Kostenseite der Kommunen. Dabei ist nicht ausgemacht, dass Pflegeplätze bei Bedarf auch gefunden werden.

Auf allen Ebenen herrscht Notstand, ob bei Fachpersonal, menschenwürdigen Einrichtungen oder zahlungsfähigen Kunden. Ob bei den Verschärfungen der Pflegegradeinstufungen oder den klammen Kommunalhaushalten. Allein, wie es ist, so wird es weitergehen.

Dass die große Mehrheit der pflegebedürftigen Menschen zu Hause und von der eigenen Familie betreut und versorgt wird, versteht sich unter diesen Voraussetzungen von allein. Zum überwiegenden Teil sind Frauen die Pflegenden, die wegen der ständigen Beanspruchung keiner oder nur in geringem Maße einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Fehlende Einkommen und Minirenten zwingen sie in die Armut. Diese Tendenz befeuert die Reform, wenn die Pflegegradein-

ordnung verschärft und gleichzeitig die Entlastungsbeiträge gestrichen oder stark gekürzt werden.

Das Gesundheitsministerium plante, die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige um 30 Prozent zu senken, aus Kleinrenten werden Kleinstrenten. Seitdem die Ministerin Warzen jetzt Minister Linnemann heißt, ist wenigstens diese Unverschämtheit wieder Thema geworden. Der Minister scheint ein Einstandsgeschenk für seine neue Tätigkeit mitgebracht zu haben. Aber sicher ist nichts.

Es liegt in der Natur der Sache, dass der Gesamtskandal der „Reformen“ nur in wenigen, knappen Beispielen dargestellt werden kann. Die Richtung dieser Maßnahmen ist eindeutig und durchgehend. Ansprüche auf Zuzahlungen und Leistungen werden unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Denjenigen, die ihnen zustehende Hilfen beantragen wollen, werden neue bürokratische Hürden errichtet und alle Betroffenen sind letztlich Kostenfaktoren, die einfach reduziert werden müssen.

Wie man sieht, ist es mit einer „besseren Kommunikation“ wirklich nicht getan. Die eigene Verarmung lässt sich nicht schönreden. Das Versprechen des Sozialstaates, dass der Staat allen denen, die in Not geraten, Hilfe leistet, wird nicht mehr hinreichend eingelöst. Und damit gerät eine wesentliche Stütze des deutschen Gesellschaftsvertrags ins Wanken, selbst wenn dies noch kaum thematisiert wird. Die tägliche Beschwörung, dass die Demokratie, „die Freiheit“, zu bewahren und zu verteidigen ist, klingt deshalb für immer mehr Menschen schal und verlogen. Wenn das Geld für die Teilhabe in der Gesellschaft nicht mehr reicht, dann sind die Sorgen und Wertennormen des gebildeten Mittelstands nicht mehr die Sorgen und die Werte aller. Die Spaltung vertieft sich.

Steuerreform: weniger ist auch weniger im Geldbeutel

Gerade in diesen Tagen, Anfang September, nickt das Bundeskabinett die Steuerreformpläne von Finanzminister Klingbeil ab. Großspurig tönt es aus dem Finanzministerium: „Es stehen diejenigen im Fokus, die das Land zusammenhalten und täglich hart arbeiten. Sie sollen angesichts gestiegener Preise

für Energie, Mobilität, Wohnen und das tägliche Leben entlastet werden.“ (zitiert nach *Süddeutscher Zeitung*, 29./30. August 2026, S. 2)

Klingbeils großer Wurf fällt der Regierung wohl auf die Füße, wenn man sich den allgemeinen Tenor der Kommentare vergegenwärtigt. So nörgelt die *Süddeutsche Zeitung* mit Blick auf die Kernbereiche der Steuerreform. „Keines dieser Ziele wird mit dem vorliegenden Vorschlag erreicht. Auch der Impuls für Wachstum und Beschäftigung geht (...) gen null. Statt zu einer Renaissance der Regierung Merz könnte die Steuerreform deshalb zu einem weiteren Anstieg der Politikverdrossenheit beitragen.“ (ebd.) Kurz und knapp: Höchststrafe aus Sicht eines regierungstragenden Mediums.

Das Schaufenster dieser Reform stellen die inzwischen oft zitierten 678 Euro Steuerentlastung im Jahr 2028 (!) dar, die zustande kommen bei einem gemeinsam veranlagten Paar mit je 5000 Euro Bruttoeinkommen pro Monat und zwei Kindern. Für eine Tankfüllung pro Monat reichen die gut 50 Euro nicht aus. Die Steuerentlastung eines Singleverdieners mit 3200 Euro brutto beträgt 2028 dann 13,60 Euro monatlich, weniger als eine Streifenkarte mit fünf Normalfahrten des Münchner Verkehrsverbundes.

Es bleibt also nichts übrig, das wird den Steuerpflichtigen weder als Entlastung noch als Schritt zur Steuergerechtigkeit zu verkaufen sein. Das Sahnehäubchen auf der Torte stellt dann noch der fehlende Ausgleich der kalten Progression dar, die dafür sorgt, dass Lohnerhöhungen auch als höhere Lohnsteuer beim Finanzamt ankommen. Letztlich wird auch Klein- und Mittelverdienern nichts übrigbleiben, sie werden höher belastet werden.

Von einer tatsächlichen Mehrbelastung der Gut- und Spitzenverdienenden kann dagegen nicht die Rede sein. Ab 70 000 Euro zu versteuerndem Einkommen ist der Spitzensteuersatz erreicht. Die 42 Prozent werden

ab 280 000 Euro auf 45 beziehungsweise 47 Prozent erhöht. Welch ein Hohn, dass dann auch die Minijobs mit drei Prozent mehr zu versteuern sind.

Unsere Multimillionäre müssen, wie zu erwarten war, ihren Steuerwohnsitz wegen dieser Reform nicht verlegen. Die Vermögenssteuer bleibt ein Tabu. Kapitalanleger, Erben und Grundbesitzer zahlen nach wie vor obszön geringe Steuern.

Dass der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Klingbeil diese Maßnahme verantwortet und mit diesem Rucksack die Ich-trage-die-Verantwortung-für-Deutschland-Nummer kreuz und quer durchs Land schleppt, sagt inzwischen alles über diese Partei. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Was noch und immer wieder zu sagen bleibt

Ob die Verarmungsstrategie der Bundesregierung aufgeht, hängt von der Breite und Intensität des Widerstands ab, die dieser entwickeln muss. Vor allem auch die Massenmedien trommeln dezidiert für alle Reformen, die den Versicherten Einbußen und Nachteile bescheren.

Der Verweis auf die unbegrenzten Gelder, die in die Rüstung gepumpt werden, ist nicht neu, aber notwendig und wichtig. Daran, dass die Kürzungen im Sozialbereich mit den Kriegsrüstungsausgaben zusammenhängen, muss und muss ständig erinnert werden. Dies hat nichts mit Sympathien für Russland oder gar für die dortige Regierung zu tun, sondern mit den ureigenen Interessen der Lohnabhängigen hier im Lande. Wir stehen als Menschheit vor gewaltigen Aufgaben, wenn man sich die Klimaveränderungen, die Ausbeutung der Ressourcen der Erde, den wachsenden Hunger, Kriege, Vertreibungen und weitere Folgen des Kapitalismus bewusst macht. Darauf müssen wir orientieren, um die Zukunft nicht zu verlieren.



Die Islamische Republik Iran



Tehran, Foto von Sajad Nori auf Unsplash

Die Bewegung, die sich 1979 gegen die Herrschaft des Schah auflehnte, wurde von vielen verschiedenen Strömungen und Kräften getragen. Das politische Spektrum reichte von muslimisch-religiösen Richtungen, angeführt von der schiitischen Geistlichkeit, über verschiedene nationale, liberale oder eher sozialdemokratisch orientierte Gruppen, bis hin zu sich ausdrücklich als marxistisch verstehenden Kräften. Die dezidiert Linken spielten beim Kampf gegen die Schah-Diktatur durchaus eine wichtige Rolle. Allerdings konnte die Linke nicht geschlossen auftreten. Sie war in mehrere rivalisierende Gruppen zersplittert und in Bezug auf viele (sowohl taktische als auch grundsätzliche) Fragen uneinig.

Wie sich bald zeigte, waren die religiösen Kräfte die stärksten. Sie konnten die meisten Anhänger mobilisieren. Aber auch die Religiösen waren in sich heterogen. Die verschiedenen Anführer der Geistlichkeit vertraten mehr oder weniger unterschiedliche Ansichten über die anzustrebende Neuordnung des Staates.

Einer dieser Anführer war der Ajatollah Chomeini. Chomeini war schon seit vielen Jahren als entschiedener Gegner des Schahs aufgetreten. Nach der Beteiligung an Protesten und heftiger Kritik am Schah wurde er 1963 verhaftet. Ihm wurde aber nicht der Prozess gemacht, sondern

er musste bzw. durfte 1964 ins Exil gehen, von wo aus er weiter unbeirrt auf die Anti-Schah-Bewegung einwirkte. Deshalb besaß er eine große Glaubwürdigkeit, was den Widerstand gegen den Schah betraf. Nach seiner Rückkehr in den Iran (1. Februar 1979) konnte er sich schnell eine Führungsposition sichern und den weiteren Verlauf der Umgestaltung des Landes wesentlich beeinflussen.

Nach dem Sturz des Schahs folgte ein längerer und heftiger Machtkampf um die zukünftige Ausrichtung des Landes. Dabei setzte sich letztlich die von Chomeini angeführte Linie gegenüber allen anderen Strömungen durch, egal ob sie ebenfalls religiös oder säkular orientiert waren. Dieser Machtkampf wurde mit großer Härte ausgetragen. Bekämpft wurden nicht nur die Anhänger des Schah. Auch viele der anfänglichen Mitstreiter gegen den Schah wurden politisch an den Rand gedrängt oder ganz ausgeschaltet, was auch ihre Hinrichtung bedeuten konnte. Hier zeigte sich die große Rigorosität des neuen islamischen Regimes, das vor massenhaften Exekutionen nicht zurückschreckte. Auch alle linken Kräfte waren stark von der Repression betroffen. Ihre Organisationen wurden zerschlagen bzw. ins Exil gezwungen.

Der Umsturz von 1979 brach mit der vorhergehenden säkularen, pro-westlichen Orientierung. Die Diktatur des Schah wurde nicht – unter

Weiterentwicklung der konstitutionellen Verfassung – durch eine Republik mit einer (mehr oder weniger typischen) bürgerlichen Demokratie abgelöst, sondern durch eine „islamischen Republik“. Die neue Ordnung berief sich ausdrücklich auf den Islam.

Warum die Orientierung auf den Islam ?

Die Modernisierungen des Schah wurden im Iran vielfach als rücksichtslos wahrgenommen und als zu stark von ausländischem Einfluss bestimmt. Die Veränderungen wurden mit erheblichem Druck durchgesetzt, häufig verbunden mit Gewalt gegen Widersacher. Ein Großteil der Menschen erlebte die Veränderungen nicht als Fortschritt, von dem sie auch einen Nutzen für sich selbst erwarteten.

Vieles, was damals politisch relevant war, was Menschen mobilisierte und Widerstand auslöste, lässt sich mit dem Begriff „Verwestlichung“ bezeichnen. Die fortschreitende Verwestlichung wurde von der Geistlichkeit angeprangert. Für die Mehrheit der Bevölkerung war das eine treffende Beschreibung und eine einleuchtende Erklärung für die stattfindenden Veränderungen. Die Ablehnung der Verwestlichung in breiten Kreisen der Bevölkerung und die Mobilisierung dagegen ist der Schlüssel für

das Verständnis der damaligen Ereignisse. Verwestlichung ist ein vager Begriff, damit können viele und ganz verschiedene Aspekte bezeichnet werden. Egal, ob es sich nur um oberflächliche Modernisierungen handelt, die konservative und reaktionäre Reflexe auslösen, oder um tiefgreifende Umwälzungen, die Unsicherheit und Ängste verursachen. Fast alles, was damals als negativ empfunden und abgelehnt wurde, ließ sich einer Verwestlichung zuschreiben. Verwestlichung wurde zu einer Erklärung für alle Übel.

Die sich anbietende Gegenthese zur Verwestlichung war der Islam.

Der Islam repräsentierte das im Land Verwurzelte, das Eigene. Er steht im Gegensatz zu den fremden, ausländischen (imperialistischen) Einflüssen und Machtansprüchen. Deshalb konnte die Forderung nach einer eigenständigen Entwicklung des Landes mit einer Orientierung auf den Islam verknüpft werden. Auch für nationale bzw. nationalistische Strömungen bot sich dadurch eine Anschlussmöglichkeit. Diese forderten ebenfalls eine eigenständige Entwicklung. Sie verstanden sich zwar nicht als explizit religiös, waren aber doch meistens in der einen oder anderen Weise mit der traditionellen muslimischen Kultur verbunden.

Wie viele Religionen propagiert auch der Islam in ökonomischer und sozialer Hinsicht ein Gerechtigkeitsideal. Von den Besitzenden und Wohlhabenden werden Abgaben und Spenden für die Ärmern erwartet. Er besitzt somit auf der ideologischen Ebene ein Leitbild bzw. ein soziales Angebot für die nicht privilegierten Klassen. Andererseits schließen die islamischen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit Gewinnstreben nicht aus und sind deshalb keine Schranke für eine im Grunde kapitalistische Entwicklung. (Es gibt zwar ein Zinsverbot, aber in der islamischen Welt wurden Wege gefunden, wie, unter formaler Beachtung des Zinsverbots, das Finanzwesen gestaltet werden kann.)

Diese Punkte zusammengefasst erklären, warum in der damaligen Situation eine islamische Orientierung für breite Schichten eine akzeptable Perspektive bieten konnte. Die entstehende islamische Republik konnte Hoffnungen auf eine bessere

Zukunft wecken und zwar für sehr viele, unabhängig davon, welcher Klasse oder Schicht man angehörte.

Der Islam funktioniert dabei in gewisser Hinsicht als eine Ideologie, die einen Klassenkompromiss vermittelt (auch wenn eine solche Sicht den Handelnden völlig fremd war und ist). Für die Schichten der Lohnabhängigen hat er das Angebot eines sozialen Ausgleichs gemäß den islamischen Gerechtigkeitsvorstellungen zu bieten, ohne aber die führende Stellung der besitzenden Klassen infrage zu stellen. Es gibt Wohltätigkeit und eine gewisse soziale Absicherung. Aber so etwas wie konsequente Interessensvertretung durch Gewerkschaften oder gar Klassenkampf ist nicht vorgesehen. Dementsprechend wurden und werden linke und sozialistische Gruppen auch heftig bekämpft und verfolgt.

Im schiitischen Islam, der im Iran vorherrschend ist, spielt die Geistlichkeit traditionell eine viel größere Rolle als etwa in sunnitischen Ländern. Bereits in der Vergangenheit hatte diese mehrmals wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Landes nehmen können. Mit der Geistlichkeit war eine Schicht vorhanden, die erhebliches Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung genoss. In der Situation des Umbruchs stand diese Gruppe bereit, eine Führungsaufgabe zu übernehmen. Insbesondere der konservative Teil der Gesellschaft und die vielfach noch analphabetische Landbevölkerung konnte über die Geistlichkeit in die Anti-Schah-Bewegung eingebunden werden. Seit 1979 bis heute wurden vielfach wichtige und einflussreiche Positionen (Staatspräsidenten, oberste Richter, Parlamentsvorsitzende) mit Geistlichen besetzt. Die hierzulande übliche Rede von der Herrschaft der Mullahs ist zwar etwas verkürzt, aber nicht direkt falsch.

Islamische Republik

Der Iran nennt sich offiziell „Islamische Republik“. Für diese Republik soll der Islam mit seinen traditionellen Lehren und Vorschriften (etwa der Scharia) die verbindliche Basis bilden. Dies gilt gemäß dem eigenen Selbstverständnis ganz grundsätzlich. Alle Gesetze und sonstigen staatlichen Regeln müssen im Einklang

mit dem Islam stehen. Die Politiker und insbesondere die Mandatsträger haben sich an den Lehren des Islam zu orientieren.

Die Protagonisten und Träger der Islamischen Republik sehen im Bezug auf den Islam aber keinesfalls nur die Pflege einer lokalen religiösen Tradition. In ihrem Verständnis ist die Islamische Republik das Ergebnis einer Revolution, die eine neue Gesellschaftsordnung geschaffen hat, die als Basis für eine bessere und große Zukunft des Landes dienen soll. Für sie ist es gerade die konsequente Orientierung auf den Islam, die das Neue und Revolutionäre der geschaffenen Ordnung ausmacht. Auf den revolutionären Charakter der Umwälzung wird vielfach durch Namen und Bezeichnungen (z.B. Revolutionsgarden, oberster Revolutionsführer) hingewiesen.

Die verbindliche Auslegung des Islam obliegt der Geistlichkeit. Genauso ist es ihre Aufgabe, die Orientierung am Islam zu überwachen und zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wurde für die Geistlichkeit eine spezielle Rolle in der nach 1979 neu geschaffenen Verfassung festgeschrieben. Sie ist damit institutionell verankert und besteht nicht nur in der oben erwähnten Häufigkeit, mit der Geistliche politische Ämter ausüben. Insbesondere zwei Institutionen sind in diesem Zusammenhang von Belang. Einmal der oberste Religions- oder Revolutionsführer (zuerst Chomeini, dann 1989 – 2026 Ali Chamenei, jetzt Modschtaba Chamenei) und zweitens der sogenannte Wächterrath. Dem Religionsführer kommen alle grundsätzlichen Entscheidungen zu. Die Aufgabe des Wächterraths ist es, alle Kandidaten für staatliche Ämter und alle Gesetze auf die Übereinstimmung mit dem Islam zu überprüfen. Gemäß der Ideologie sind beide nicht an Mehrheiten im Volk oder dergleichen gebunden, sondern nur an den Islam. Der Islam steht damit über der Verfassung. Der oberste Religionsführer und der Wächterrath interpretieren, aus dieser Sicht, ein von Gott gegebenes Gesetz. Das verleiht ihrem Tun Unhinterfragbarkeit. Man kann darin auch eine Selbstermächtigung sehen, die festgelegte Richtung mit großer Rigidität, wenn es sein muss auch Brutalität, durchzusetzen, denn sie entspricht ja dem Willen Gottes. Nicht

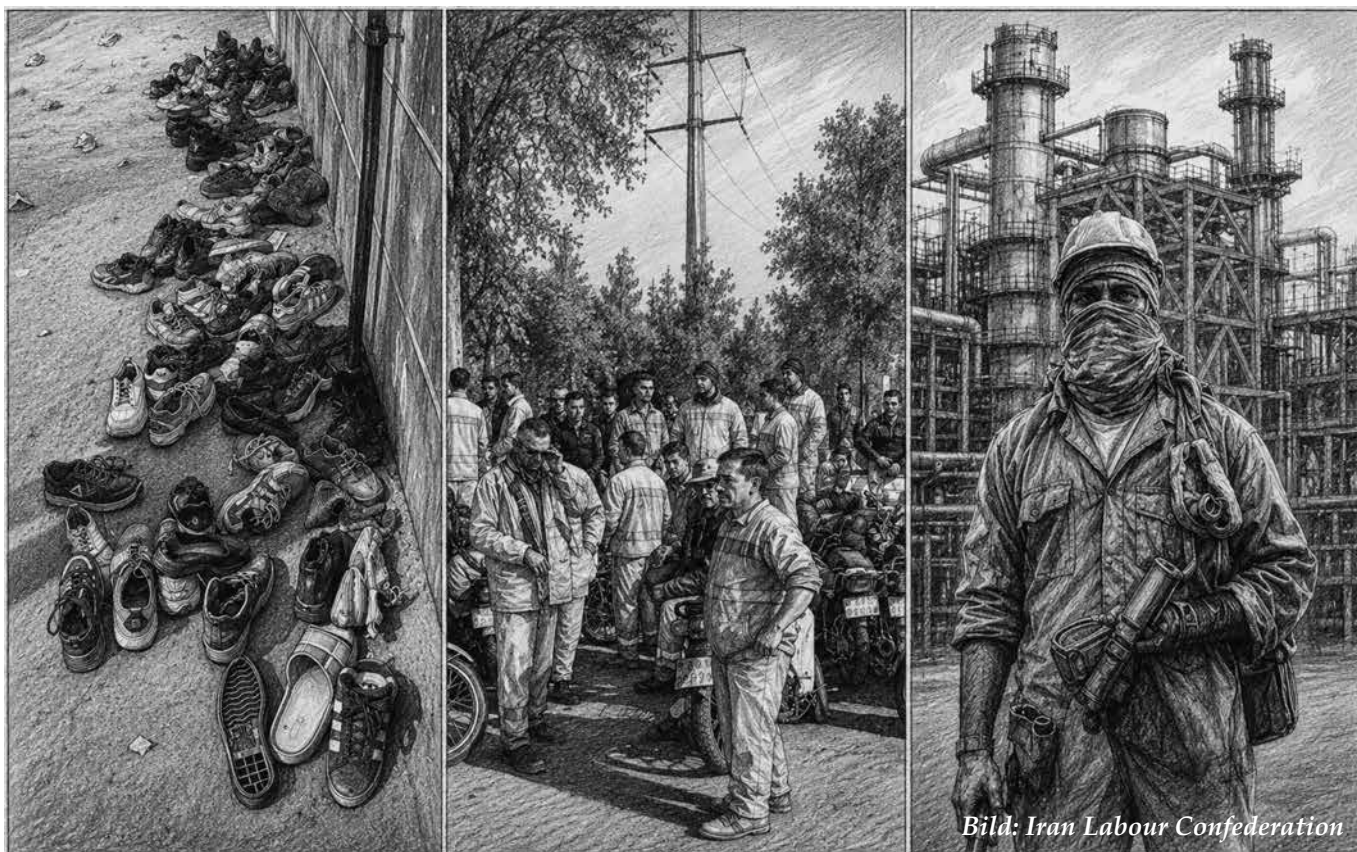


Bild: Iran Labour Confederation

zufällig lautet eine häufige Anklage, auf die die Todesstrafe steht, für Gegner des Regimes „Kriegsführung gegen Gott“ (und nicht etwa gegen die Verfassung oder den Staat).

Neben diesen religiös-theokratischen Bestimmungen beruft sich die Verfassung auch auf demokratische Prinzipien. Der Präsident und die Abgeordneten des Parlaments werden durch das Volk gewählt, ebenso wie Bürgermeister und einige andere Mandatsträger. In der Verfassung ist somit ein Spannungsverhältnis zwischen demokratisch legitimierter und religiös-theokratisch bestimmter Politik angelegt.

Die Position mit der größten Macht hat eindeutig der oberste Religionsführer. Er besitzt eine Art genereller Richtlinienkompetenz. Damit ist er der oberste Schiedsrichter, der festlegt, was erlaubt, geduldet und was anti-islamisch und damit gottlos und zu bekämpfen ist. Zudem ernennt er persönlich die Hälfte der Mitglieder des Wächterrats.

Vor allem aber untersteht ihm der Sicherheitsapparat, insbesondere die Revolutionsgarden (persisch: Pasdaran, manchmal auch mit Revolutionswächter übersetzt). Diese sind der Kern der Sicherheitskräfte, eine professionelle Elitetruppe von etwa 125 000 Mann. Die Pasdaran wurden

aufgebaut, um eine bewaffnete Macht mit besonderer Loyalität gegenüber der Islamischen Republik zu schaffen. Ergänzend dazu gibt es mit den Basidsch-Milizen eine Organisation von Freiwilligen, die intern durch Abstufungen der ideologischen und militärischen Schulung gegliedert ist. Der gut geschulte Kern soll aus etwa 800 000, die gesamte Organisation aus bis zu vier Millionen Mitgliedern, darunter auch Frauen, bestehen.

Außenpolitik

Auch der außenpolitische Kurs der Islamischen Republik lässt sich als Widerstand gegen die Verwestlichung verstehen. Diese wird als Angriff auf den Islam, und damit auch auf die eigene Position, wahrgenommen. Der Iran des Schah war eingebunden in die Interessensphäre der USA. Die USA unterstützten den Schah und dieser galt als deren verlässlicher Bündnispartner. Sehr schnell, bereits im Zuge des Umsturzes, folgte die eindeutige Frontstellung gegen die frühere Hegemonialmacht (Affäre der Besetzung der US-Botschaft in Teheran vom November 1979 bis Januar 1981). Die USA waren die Vormacht des Westens, Ungläubige, die die muslimischen Länder beherrschen wollten. Auch Israel

bzw. der Zionismus wird vor allem als Eindringling in die islamische Welt gesehen. Ein Eindringen, das offensichtlich von den USA (und ihren westlichen Verbündeten) unterstützt wird. Deshalb die konsequente Gegnerschaft zu beiden, USA und Israel. Deren Schmähung als großer und kleiner Satan ist kein Zufall, sondern entspringt genau der religiösen Sicht auf die Verhältnisse. Sicher könnte man die Begriffe „Ungläubige“ oder „Satan“ durch „Imperialisten“ ersetzen. Dann würde man mit einer bei Linken üblichen Terminologie in etwa die gleichen Akteure und Mächte bezeichnen, aber auf dem Hintergrund einer anderen Analyse und einer anderen Interpretation der Zusammenhänge. Diesen Unterschied sollte man nicht vergessen. Die Politik des Iran ist nicht links und will es auch nicht sein. Der ausdrückliche Bezug auf den Islam war eine Abgrenzung gegen den Westen, aber genauso auch gegen die Sowjetunion und gegen alle (säkularen) sozialistischen Bestrebungen.

Gleichzeitig mit dem Kurswechsel des Iran schwenkten die USA auf einer Politik der Bekämpfung des neuen Regimes ein. Materialisiert hat sich dies bereits nach kurzer Zeit durch die Unterstützung, die die USA Saddam Hussein bei seinem Krieg

gegen den Iran im Hintergrund gewährten (erster Golfkrieg, 1980 bis 1988). Saddam Hussein war bekanntlich nicht erfolgreich, der Iran konnte sich, wenn auch nur unter großen Verlusten, behaupten und seine territoriale Integrität verteidigen. Auch wenn dann einige Zeit später Saddam Hussein zum noch größeren Schurken erklärt wurde, der Iran verblieb für die USA auf der Liste der Schurkenstaaten.

Demokratie oder Kontrolle von Oben

Die bisherige Geschichte der islamischen Republik ist nicht völlig geradlinig verlaufen. Es gab mehrmals Ansätze für Kurskorrekturen und Versuche, andere Politik-Varianten umzusetzen. Diese Ansätze kamen teilweise aus der Gesellschaft, etwa unterstützt durch das Votum der Wähler, manchmal aber auch aus den herrschenden Kreisen selbst, die offensichtlich nicht monolithisch sind. In den hiesigen Medien wird das meistens als Auseinandersetzung zwischen Reformern und Konservativen bzw. Hardlinern dargestellt. Diese Einschätzung ist sicher nicht ganz falsch, birgt aber die Gefahr in sich, die im Iran vorhandenen unterschiedlichen Politik-Ansätze zu sehr aus hiesiger Sicht zu betrachten. Die Hardliner werden dann schnell als die eigentlichen „Widersacher des Westens“ eingestuft und die sogenannten Reformer schon fast als potentielle Verbündete. Eine solche Einstufung dürfte den wirklichen Ursachen für vorhandene politischen Differenzen kaum gerecht werden, auch nicht dem Selbstverständnis der jeweiligen Politiker.

Der erste vorsichtige Anlauf zu Veränderungen erfolgte zehn Jahre nach dem Tod von Chomeini und fast zwanzig Jahre nach dem Sturz des Schah mit der Wahl von Mohammed Chatami zum Präsidenten. Chatami, ein Geistlicher im Rang eines Hodschatoleslam, wurde 1997 mit 70% und 2001 mit 78% der Stimmen gewählt. Sein Programm sah z. B. einen größeren Spielraum für die Presse vor, er versuchte die Stellung des Staatspräsidenten gegenüber dem Wächterrath zu stärken und wohl auch eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen zu errei-

chen. Allerdings kam er mit seinen Initiativen kaum voran. Er fand oft keine Mehrheiten im Parlament und der Wächterrath erhob immer wieder Einspruch.

Bei den nächsten Wahlen siegte Mahmud Ahmadinedschad, bei uns allgemein als Hardliner eingestuft. Er siegte vermutlich deshalb, weil er der Bevölkerung wirtschaftliche Verbesserungen versprach.

Ein zweiter Anlauf entwickelte sich, als sich Präsident Ahmadinedschad 2009 zur Wiederwahl stellen musste. Ahmadinedschad war vielfältiger interner Kritik ausgesetzt. Er war mit seiner Wirtschaftspolitik nicht sehr erfolgreich und auch in der Geistlichkeit nicht unumstritten. Ihm wurde z.B. ein zu nationaler und zu wenig islamischer Kurs vorgeworfen. Gegen Ahmadinedschad traten zwei als Erneuerer (der sogenannten grünen Bewegung) auftretende Kandidaten an, Hossein Mussawi und Mehdi Karroubi. Beide Kandidaten hatten bereits früher hohe Positionen inne. Mussawi war von 1981 bis 1989 Ministerpräsident (der letzte, bevor dieses Amt durch eine Verfassungsänderung abgeschafft wurde) und Karroubi war von 1989 bis 1996 Vorsitzender des Parlaments. Sie kritisierten die Politik Ahmadinedschads, versprachen unter anderem den Kampf gegen Korruption und mehr demokratische Mitbestimmung.

Beide konnten offensichtlich große Unterstützung in der Bevölkerung mobilisieren. Die Wahl gewann aber, nach offiziellen Ergebnissen, wieder Ahmadinedschad und zwar ohne Stichwahl, gleich im ersten Wahlgang (ca. 62%). Viele Iraner hielten das Wahlergebnis für gefälscht. Von Anhängern der grünen Bewegung wurde unterstellt, dass das Regime, sprich der oberste Religionsführer Chamenei, eine Art Notbremse gezogen hätte. Die Dynamik der grünen Bewegung hätte Chamenei überrascht und sei von ihm als unkontrollierbar eingeschätzt worden. Es kam zu monatelangen, heftigen Protesten. Bei Konfrontationen mit der Polizei gab es etlichen Tote auf Seiten der Demonstranten. Über Mussawi und Karroubi wurde ein haftähnlicher Hausarrest verhängt.

Selbstverständlich ist es nicht möglich vorherzusagen, wie die Entwicklung bei einem Wahlerfolg der

„grünen Bewegung“ verlaufen wäre. Es lässt sich nur feststellen, dass der Misserfolg als Niederlage für die Demokratie, als Einschränkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten und als diktatorischer Eingriff von oben angesehen wurde. In der Folgezeit zeigte sich der Wächterrath deutlich restriktiver bei der Auswahl von Kandidaten. Von dutzenden Bewerbern wurden oft nur zwei bis drei zugelassen. Die Wahlbeteiligungen gingen erheblich zurück.

Aber bereits bei der folgenden Wahl wurde wieder ein sogenannter Reformer Präsident. Unter Rohani (2013 bis 2021) fand der bisher am weitesten fortgeschrittene Versuch statt, die Atomfrage und die Beziehungen zu den USA zu entschärfen und dadurch eine Lockerung der Sanktionen zu erreichen. 2015 wurde das Atomabkommen (JCPA) unterzeichnet (siehe Arsti Nr. 232). Offensichtlich gab es sowohl für die Wahl Rohanis als auch für das Atomabkommen die Zustimmung Chameneis.

Außenstehende haben keinen Einblick in die im Führungszirkel ablaufenden Diskussionen. Es ist deshalb kaum möglich, die wirklichen Gründe für die dort getroffenen Entscheidungen auszumachen. Klar ist aber, innerhalb der herrschenden Kreise im Iran gab (und gibt) es bei einigen wichtigen Punkten unterschiedliche Auffassungen über die einzuschlagende Politik.

Zu solchen Punkten gehört z.B. folgendes:

Ob und gegebenenfalls wie ein Arrangement mit den USA (und dem gesamten Westen) möglich ist, das zu einer Aufhebung oder deutlichen Lockerung der Sanktionen führt, ohne dass es mit einer faktischen Kapitulation des Iran verbunden ist.

Wie weit kann Wünschen und Forderungen aus der Gesellschaft nachgegeben werden bzw. wo sollen die roten Linien genau verlaufen, die aus Sicht der Herrschenden verteidigt werden müssen, weil sonst ihre Macht gefährdet sein könnte?

Wie viele Ressourcen sollen bzw. können für die Unterstützung der Verbündeten in der Region (Hisbolah, schiitische Milizen im Irak, Hamas, Huthis, Syrien unter den Assads) aufgewendet werden? Auf welche Stufen der Eskalation will man sich dabei einlassen?

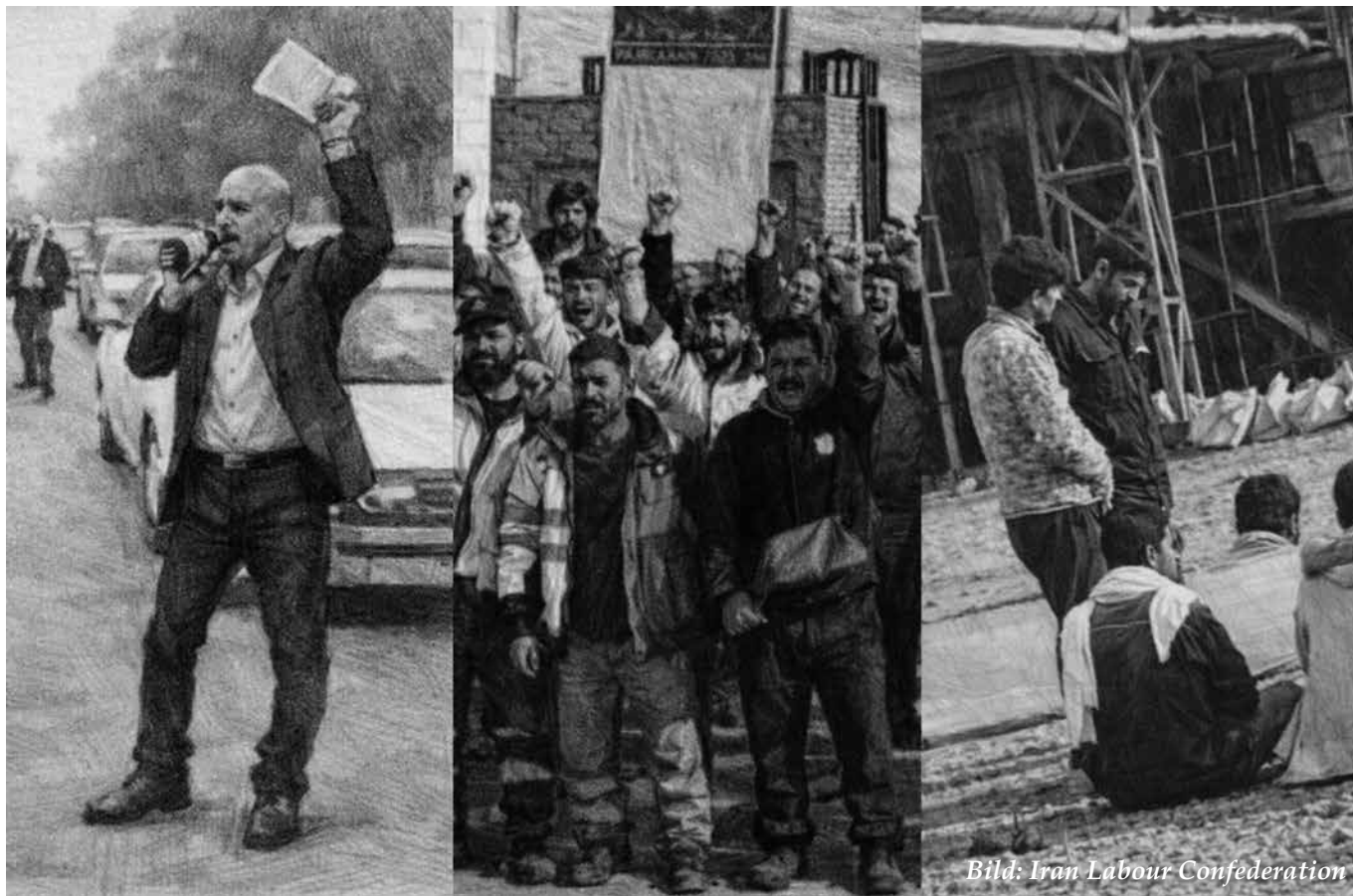


Bild: Iran Labour Confederation

Anscheinend versuchte Ali Chamenei in seiner Zeit als oberster Religionsführer die verschiedenen Ansichten innerhalb des Systems auszutarieren. Er schlug sich nicht immer eindeutig auf eine Seite, sondern hielt sich meistens mehrere Optionen offen und sei es nur aus taktischen Gründen. Dabei ist davon auszugehen, dass es in den letzten Jahrzehnten wirklich die Person Ali Chameneis war, die die Machtstellung hatte, um solche Entscheidungen verbindlich zu treffen.

Die gesellschaftliche Entwicklung nach 1979

Der starke Bezug auf die Religion, der Einfluss der Geistlichkeit bedingt oft eine Politik mit konservativen bis reaktionären Tendenzen, die sich immer wieder deutlich zeigen. Aber es wäre falsch in, den Mullahs ausschließlich Reaktionäre zu sehen. Der Bezug auf Herkommen und Tradition ist nur die eine Seite. Andererseits wollte die Geistlichkeit die Islamische Republik immer auch weiterentwickeln, stärken und mächtiger machen. Eine Absicht, die auch in der Praxis umgesetzt wurde. Jede Entwicklung eines Landes ist (notwendigerweise)

mit Veränderungen verbunden. Im Falle des Iran auch mit Veränderungen, die als Modernisierungen eingestuft werden können. In gewisser Hinsicht haben die Mullahs dabei die sogenannte „weiße Revolution“ des Schah fortgeführt, obwohl sie diese erbittert bekämpft hatten.

Die Entwicklung und die de facto-Modernisierung des Iran seit 1979 wird besonders deutlich sichtbar im wirtschaftlich-technischen Bereich und im Bildungssektor.

Die Bildungssituation im Iran hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten stark verbessert. Früher war der Anteil der Analphabeten hoch. Im Jahre 1976 konnten nur knapp die Hälfte der Männer und ein Drittel der Frauen lesen und schreiben. Bereits unter dem Schah begannen die Verbesserungen im Bildungsstand der Bevölkerung. Diese haben sich danach bis heute fortgesetzt. Bei der Volkszählung von 2006 wurde noch eine Analphabetenquote von 14% der Gesamtbevölkerung (vor allem bei älteren Menschen, die in ihrer Kindheit kaum Schulen besucht hatten) festgestellt. Seitdem ist die Analphabetenquote noch weiter gesunken. Inzwischen liegt die durchschnittliche Bildungserwartung für Kinder

bei einem auch im internationalen Vergleich guten Wert. Mädchen und Frauen haben von dieser Entwicklung überdurchschnittlich profitiert. Heute beträgt der Anteil der weiblichen Studierenden bereits um die 60 Prozent. Frauen sind auch bei den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern (MINT) stark vertreten, auch im internationalen Vergleich gesehen.

Der Ausbildungsstand der Bevölkerung kann daher als gut angesehen werden. Das Problem besteht für die Absolventen vielmehr darin, nach der Ausbildung eine Stelle zu finden; eine ihrer Ausbildung entsprechende Stelle, aber sehr oft auch überhaupt eine Stelle. Die Jugendarbeitslosigkeit ist deutlich höher als die generelle Beschäftigungslosigkeit. Viele gut Ausgebildete müssen sich mit einfachen Jobs durchschlagen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat im Iran eine Industrialisierung stattgefunden. Außer der Erdölindustrie gibt es auch andere Industriezweige von erheblicher Bedeutung, insbesondere die Stahlerzeugung (Anstieg der Stahlproduktion von 0,55 Millionen Tonnen 1980 auf 14,5 Millionen Tonnen 2012), die Aluminiumherstellung, die Produktion von Baustoffen wie Zement (der Iran

ist der viertgrößte Zementhersteller weltweit) und eine Automobilindustrie (mit 2010 rund 500 000 Beschäftigten und der Produktion von 848 000 PKWs und 141 000 Nutzfahrzeugen). Neben der Großindustrie gibt es vielfältige private Klein- und Mittelbetriebe, die meist Konsumgüter herstellen. Im Iran ist eine zahlenmäßig nennenswerte Arbeiterklasse entstanden, 25% der Beschäftigten sind in der Industrie tätig. Diese wirtschaftliche Entwicklung hat stattgefunden, obwohl sie ständig durch diverse Sanktionen behindert wurde.

Für die ausgebauten industriell-technischen Fähigkeiten stehen auch der Rüstungssektor und die Atomtechnik. Die gestiegenen Fertigkeiten auf diesen Gebieten sind offensichtlich. Der Iran liefert Drohnen an Russland, verfügt über ein großes Reservoir an Kurz- und Mittelstreckenraketen und hat die Atomtechnik soweit im Griff, um erhebliche Mengen Uran auf 60% anreichern zu können. Das alles beruht auf einer eigenständig entwickelten Technologie.

Selbstverständlich gilt auch für den Iran: Die in Rüstungsvorhaben aufgewandten und gebundenen Ressourcen sind für die zivile Entwicklung verloren. Erfolge in der Rüstungsindustrie können nur erreicht werden, wenn andere Ziele zurückgesetzt werden.

Klassenanalyse

Da im Iran eine Industrie aufgebaut wurde, stellt sich die Frage: Wem gehört diese, wie sind die Eigentumsverhältnisse beschaffen, gibt es eine Kapitalistenklasse bzw. ist eine solche im Entstehen? Wenn diese Frage beantwortet werden soll, öffnet sich eine große Informationslücke. Die realen Besitzverhältnisse sind praktisch nicht feststellbar. Denn im Iran sind die Besitz- und Kontrollverhältnisse maximal verschleiert. Das ist kein Zufall, sondern eine Folge der vielen Sanktionen. Die Verschleierung wird bewusst angestrebt und ist ein Teil der sogenannten „Ökonomie des Widerstands“. Denn um trotz der Sanktionen noch einigermaßen Geschäfte mit dem Ausland tätigen zu können, muss verborgen werden, dass sanktionierte Personen oder Organisationen, wie etwa die Revolutionsgarden, die Eigentümer sind. Deshalb gibt es

ein dichtes Geflecht an Scheinfirmen und viele Strohmannen, die die wahren Begünstigten im Dunkeln lassen sollen. Offiziell verbotene Aktivitäten wie Export und Import einzelner Waren oder bestimmte Devisentransaktionen sind manchen Akteuren insgeheim dann doch erlaubt. Solche und ähnliche Praktiken werden nicht selten angewandt.

Deshalb fehlt es generell an zuverlässigen Informationen und man steht einem Konglomerat an Gerüchten und isolierten Einzelinformationen gegenüber, die nur in seltenen Fällen nachprüfbar sind.

Solche intransparenten Verhältnisse sind natürlich auch ein guter Nährboden für alle möglichen korrupten Erscheinungen. Das Vorhandensein von Korruption und Günstlingswirtschaft in erheblichem Ausmaß und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung ist ein ständiges Thema der inneriranischen Diskussion.

1979 und unmittelbar danach wurden viele Betriebe zuerst einmal verstaatlicht. Seitdem wurden aber viele Betriebe wieder privatisiert, in meist intransparenter Weise. Seit 1989 gibt es in Teheran auch wieder eine Aktienbörse, auf der aktuell über 400 Firmen aus allen möglichen Branchen gelistet sind. Ein Teil der Wirtschaft ist anscheinend auch heute noch in Staatsbesitz, ein weiterer Teil ist formal im Besitz von religiösen Stiftungen. Das trifft insbesondere für die großen Betriebe zu. Die kleineren Betriebe sind meistens typische Privatbetriebe. Allerdings ist damit noch nichts darüber ausgesagt, wer wirklich die Kontrolle ausübt und wer materiell profitiert.

Neben dem Staat und den religiösen Stiftungen scheinen auch die Revolutionsgarden erheblichen, vielleicht sogar entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaft zu haben. Vermutlich, indem sie zum großen Teil die formal staatlichen bzw. Stiftungen gehörenden Eigentumstitel effektiv kontrollieren. Die Mitglieder der Revolutionsgarden und insbesondere ihre führenden Vertreter scheinen auch erhebliche materielle Privilegien zu genießen. Zu vielen Politikern und in der Politik verankerten Geistlichen gibt es Gerüchte über ihren Reichtum, den sie sich angeblich aneignen konnten. Über den früheren Präsidenten Ajatollah Rafsandschani (gestorben

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 232 Sommer 2026, 32 S.

- Deutschland in der Führungsrolle für Europa: die neue Multipolarität?
- Ein Jahr Große Koalition
- Die USA (und Israel) im Krieg gegen den Iran
- Kontroversen um das Atomprogramm
- Chile; Die deutliche Niederlage, Teil 2
- ...

Nr. 231 Frühjahr 2026, 32 S.

- Was will Trump? Hat er eine Strategie?
- Anmerkungen zu Nahost
- Die Rolle der syrischen Kurden im politischen „Prozess“ und der regionalen Neuordnung
- Chile; Die deutliche Niederlage, Teil 1
- Nachruf auf Rolf Becker
- Rezension: Antisemitismus, reale Gefahr und staatliche Projektion

Nr. 230 Winter 2025, 28 S.

- Deutschland nach der Zeitenwende (3)
- Unsere Jahreskonferenz 2025
- Wirtschaftskrise und das Erstarken reaktionärer Kräfte
- Trump, die NATO und der 5-Prozent-Standard
- Die Friedensfrage und die deutschen Gewerkschaften
- Diskussion in der IG Metall Hanau/Fulda
- Peru: Die Absetzung Dina Boluarte
- ...

Nr. 229 Herbst 2025, 32 S.

- Trump, die Ökonomie und die Zölle
- Oxfams Ungleichheitsbericht und die Macht der Milliardäre
- Klassenfragen enden nicht nach 67 Lebensjahren
- Starmers Labour, ein neues Projekt Rezensionen:
- Jean Ziegler „Trotz alledem!“
- Feuertöchter, Wehrmachtsverbrechen in Belarus
- Karuscheits Trilogie zur neueren deutschen Geschichte

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

2017) wird berichtet, dass er Dollar-milliardär gewesen sei und neben anderem auch ein Quasi-Monopol für den Pistazienexport besaß und eine Fluglinie kontrollierte. Auch Vertreter der jüngst nachrückenden Generation wie Modschtaba Chamenei oder der Parlamentspräsident Mohammad-Bagher Ghalibaf sollen über stattliche Vermögen verfügen.

Nach den vorliegenden, wenn auch spärlichen, Informationen werden die Industriebetriebe im Prinzip wie privatkapitalistische Einzelbetriebe geführt, inklusive der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit. Man findet im Internet viele Berichte über Arbeitskämpfe in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, die zum Teil sehr heftig ausgetragen werden. Dabei geht es um Arbeitsbedingungen, meistens aber um einen Ausgleich für die wegen der großen Inflation erheblichen Kaufkraftverluste. Offiziell gibt es in den Betrieben sogenannte „islamische Räte“, die die Interessen der Arbeitenden vertreten sollen. Streiks und andere Kampfmaßnahmen werden aber von unabhängigen Komitees oder ähnlichen ad hoc-Organisationen initiiert. Versuche, Gewerkschaften aufzubauen, werden bekämpft, Aktivisten werden verhaftet.

Auch wenn sich, aus den genannten Gründen, die Herausbildung einer Kapitalistenklasse nur schwer nachzeichnen lässt, ist in der Islamischen Republik eine Entwicklung zu beobachten, die in etwa dem Muster einer Gesellschaft entspricht, in der eine nationale Bourgeoisie führend ist. Die Parallelen sind deutlich. Das Ziel im Iran war und ist eine nachholende Industrialisierung und zwar möglichst eigenständig und unabhängig von ausländischem Kapital oder nicht im Lande entwickelter Technologie. Neben dem Fortschritt auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet wird ebenso die Sicherung der eigenen Souveränität angestrebt, eine Souveränität gegenüber potenziellen Konkurrenten in der Region wie auch gegenüber weiter entfernten Großmächten, die ihren Einfluss geltend machen wollen. Nach

der Sicherung der Souveränität folgt der Ausbau der eigenen Machtposition. Das schließt mit ein, dass man selbst eine Regionalmacht werden will, mit erheblichem Einfluss auf und in umliegenden Ländern. Machtambitionen, die noch darüber hinaus gehen, sind nicht grundsätzlich ausgeschlossen.



Bild: Iran Labour Confederation

Die hier vertretene These ist: Mit der Islamischen Republik hat sich eine aufstrebende Gesellschaft etabliert, die sich im Kern kapitalistisch entwickelt. Im Prinzip verhält sie sich so, wie es in der Geschichte auch bei anderen eigenständigen und erfolgreichen kapitalistischen Gesellschaften zu beobachten war. Der ideologische Überbau ist allerdings kein säkularer Nationalismus, sondern der Islam oder, genauer gesagt, eine spezielle Interpretation des Islam durch die Machthaber. Das ist die herrschende Ideologie. Andere politisch-ideologische Strömungen können bis zu einem gewissen Ausmaß integriert werden, haben sich aber unterzuordnen. Wenn es sein muss, wird die Dominanz auch mit Gewalt aufrecht erhalten..

Um Missverständnisse zu vermeiden, muss aber bei einer solchen begrifflichen Zuordnung einiges beachtet werden. Man sollte sich immer bewusst sein, dass der Iran auf anderen historischen Wurzeln aufbaut als die meisten anderen kapitalistischen Länder. Der Begriff Bourgeoisie ist z. B. in diesem Zusammenhang nicht unproblematisch. Denn er stammt aus Europa und ist dadurch mit vielen Nebenbedeutungen und Assoziationen verknüpft, die zwar für die europäische Geschichte typisch sind, aber für den Iran keine oder nur eine eingeschränkte Bedeutung haben. Ähn-

liches gilt auch für Begriffe wie Bürgertum, bürgerliche Gesellschaft etc.

Die Zuordnung und Einstufung als sich entwickelnde kapitalistische Gesellschaft bedeutet auch nicht die Akzeptanz von Schemata, die festlegen wollen, wie und in welchen Stufen eine solche Entwicklung abzulaufen habe. Vorstellungen über

Gesetzmäßigkeiten bei historischen Entwicklungsprozessen sind oft entweder zu allgemein oder zu sehr an einzelnen historischen Beispielen orientiert, um eine wirkliche Hilfe bei der Analyse von anderen konkreten Prozessen zu sein. Insbesondere, wenn es sich, wie beim Iran, um einen Fall handelt, der unter eigenen Rahmenbedingungen abläuft und etwas

historisch Neues ist, wofür es keine direkt passenden Beispiele gibt.

Die gegenwärtige Lage

Schon seit längerer Zeit ist zu erkennen, dass sich der Iran in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. Das offensichtlichste Anzeichen für die ökonomische Krise ist die anhaltende, hohe Inflation. Diese hatte im Dezember des vergangenen Jahres eine Protestwelle gegen den Kaufkraftverlust ausgelöst. Die Proteste wurden bekanntlich niedergeschlagen. Vermutlich haben sie aber die USA und Israel, Trump und Netanjahu, dazu veranlasst, die Gelegenheit für günstig zu halten, um dem Iran mit militärischen Mitteln eine entscheidende Niederlage zuzufügen. Der am 28. Februar 2026 mit Luftangriffen begonnene Konflikt ist immer noch nicht beendet. Trotzdem kann man bereits folgende Aussage treffen: Die USA haben ihre Kriegsziele nicht erreicht. Sie und auch Präsident Trump persönlich haben vorerst eine strategische Niederlage erlitten (siehe *Arsti* Nr. 232).

Weniger einfach sind Aussagen über die weitere (innere) Entwicklung des Iran. Trotz der Tötung von Ali Chamenei und etlichen anderen Repräsentanten des Systems ist das Regime nicht zusammengebrochen. Es hat sich auch nicht durch interne

Machtkämpfe paralyisiert. Der Iran und seine Führung blieben in jeder Beziehung handlungsfähig.

Zum Nachfolger von Ali Chamenei als obersten Religionsführer wurde sein Sohn Modschtaba bestimmt. Dieser hat sich bisher noch nie in der Öffentlichkeit gezeigt, vermutlich, weil er schwer verletzt wurde. Zur Zeit ist völlig unklar, ob bzw. wie weit Modschtaba Chamenei die ihm zugedachte Rolle des obersten Religionsführers ausfüllen kann. Auch wenn er nur vorübergehende gesundheitliche Probleme haben sollte, ist keineswegs sicher, dass er so wie sein Vater, mit einer vergleichbaren Autorität, innerhalb des politischen Systems agieren kann. Auch ist nicht klar, ob er unter den jetzt gegebenen Bedingungen den Kurs seines Vaters überhaupt fortsetzen will.

In den hiesigen Medien wird häufig darauf hingewiesen, dass die Revolutionsgarden bzw. Personen mit engen Beziehungen zu diesen in der neuen Führung sehr stark vertreten sind. Das scheint zutreffend zu sein, fraglich ist aber, was das politisch bedeutet. Die meisten jüngeren Menschen, die inzwischen im Iran in die engere oder weitere Führungsschicht aufgestiegen sind, weisen in ihrer Biographie mehr oder weniger enge Kontakte zu den Revolutionsgarden auf. Das bedeutet allerdings keineswegs, dass sie alle auf einer einheitlichen politischen Linie agieren würden. Auch der Begriff Hardliner ist wenig aussagefähig. Zumindest müsste angegeben werden, auf welchem Gebiet jemand Hardliner ist oder sein soll, etwa in Bezug auf die Verhandlungen mit den USA über die Sperrung/Öffnung der Straße von Hormuz oder in der Kopftuchfrage oder in der Atomfrage usw. Dem bei einem Bombenangriff getöteten Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Ali Laridschani, wird nachgesagt, sich nicht für die Kopftuchfrage interessiert und da eine ausgesprochen pragmatische Position vertreten zu haben. Andererseits soll er im Dezember der Organisator der Niederschlagung der Proteste gewesen sein. Insbesondere bei allen wirtschaftlichen Fragen ist zudem völlig unklar, für welche ökonomischen Inhalte und Ziele das Etikett Hardliner stehen soll.

Wirtschaftliche Fragen dürften aber für die weitere Entwicklung

des Iran langfristig entscheidend sein. Die schwere Wirtschaftskrise im Lande ist selbstverständlich noch nicht vorbei. Die Zerstörungen durch die Luftangriffe und die Blockade der iranischen Häfen durch die USA haben ohne Zweifel die ökonomischen Probleme weiter verschärft. Die Inflation ist nach wie vor sehr hoch. Für den Juli 2026 meldet die iranische Statistische Behörde bei Lebensmitteln Preissteigerungen von 130 Prozent gegenüber dem Vorjahr, beim Durchschnitt über alle Produkte 88 Prozent.

Jüngst, im August 2026, hat Trump angekündigt, in Zukunft den Iran hauptsächlich durch wirtschaftlichen Druck zum Einlenken bewegen zu wollen. Wie immer bei Trump war die Ankündigung bombastisch („ökonomischer D-Day“, „historisch einmalig“) und ebenso wie immer ist offen, was allein Ankündigung bleibt und was wirklich umgesetzt wird. Einen konkreten Schritt in diese Richtung gibt es allerdings schon. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) haben entschieden, ihren Handel mit den Iran einzustellen. In der Vergangenheit war Dubai ein wichtiges Zentrum für Import-Export-Geschäfte mit dem Iran. Auch Aktivitäten zur Umgehung der Sanktionen sind oft über Dubai gelaufen. Sollte der Stopp der Geschäfte von den VAE konsequent betrieben werden, wäre das durchaus ein Problem für den Iran. Trotz aller einschlägigen Erfahrungen, das Umgehen von Sanktionen bleibt aufwendig und kostspielig. Werden eingespielte Kanäle gesperrt, müssen wieder neue Kontakte geknüpft, neue Wege gefunden und etabliert werden.

Noch wichtiger für den Iran ist aber das Verhalten Chinas. Aus China werden viele Güter geliefert und chinesische Firmen sind die bisherigen Hauptabnehmer von iranischem Erdöl. Zur Zeit gibt es noch keine Informationen, die darauf hindeuten, dass China seinen Kurs gegenüber dem Iran ändern könnte. Wie energisch die USA versuchen werden, in dieser Hinsicht größeren Druck auf China auszuüben und wie erfolgreich sie damit sein könnten, bleibt abzuwarten.

Es ist zur Zeit nicht erkennbar, welches Bild von der ökonomischen Lage und den sich daraus ergebenden Konsequenzen bei der iranischen

Führung wirklich vorhanden ist. Die nach Außen vertretene Propaganda, man habe alles im Griff und alles könne nur mit einem Sieg des Iran enden, muss nicht der tatsächlichen Einschätzung entsprechen. Genauso wenig ist erkennbar, welche internen Fraktionen eventuell mit welchen unterschiedlichen Einschätzungen, Zielen etc. im Führungszirkel vorhanden sind.

Wie oben dargestellt, sind Geistliche, die Revolutionsgarden und andere Repräsentanten des Regimes direkt und indirekt stark über ökonomische Aktivitäten verbunden. Es ist deshalb zu erwarten, dass aus diesen Kreisen entsprechender Einfluss geltend gemacht wird mit dem Ziel, die Wirtschaft zu stabilisieren und die weitere ökonomische Entwicklung sicherzustellen. Die Folgen einer sich noch stärker zuspitzenden Wirtschaftskrise sind längerfristig kaum abzusehen. Auch in Bezug auf seine militärischen Möglichkeiten ist der Iran auf eine einigermaßen funktionierende Ökonomie angewiesen.

Mit der Etablierung der Islamische Republik begann ein neuer Abschnitt in der iranischen Geschichte. Es gelang, die imperialistische Einflussnahme abzuschütteln und einen eigenständigen, souveränen Kurs einzuschlagen. Seitdem hat im Iran, wie oben gezeigt, eine Entwicklung auf ökonomischem und gesellschaftlichem Gebiet stattgefunden. Eine Entwicklung, die Macht und Einfluss der Islamischen Republik vergrößert hat. Diese Entwicklung verlief nicht frei von inneren Widersprüchen. Ohne Zweifel gibt es im Iran eine erhebliche Opposition gegen die gegenwärtigen Verhältnisse. Für Außenstehende ist es allerdings sehr schwierig, Art und Stärke dieser Opposition realistisch einzuschätzen (siehe *Arsti* Nr. 232). Ebenso war und ist das Land vielen Anfeindungen von Außen ausgesetzt, seien es Wirtschaftssanktionen oder direkte militärische Angriffe.

Bisher konnte sich die Islamische Republik behaupten. Auf kurze Frist scheinen die Machtstrukturen stabil zu sein. Wie sich die Lage im Land langfristig weiterentwickeln wird, muss sich in der Folge zeigen.

06.09.2026

Iran vor der Islamischen Republik

Ein kurzer historischer Überblick

In gewisser Weise ist der Iran mit vielen seiner auch heute noch relevanten Charakteristika während der Herrschaft der Safawiden-Dynastie (1501 – 1722) entstanden. Das betrifft vor allem das Territorium und den schiitischen Charakter des Landes.

Die Safawiden waren ursprünglich die Anführer einer schiitisch geprägten religiösen Bewegung. Ihre militärische Stärke beruhte hauptsächlich auf der Unterstützung durch die türkisch-aserbaidschanisch sprechende Bevölkerung im heutigen Nordwestiran. Von dort stammten die Safawiden und dort waren sie verankert. Vor 1500 gab es im Gebiet des heutigen Iran mehrere kleinere Herrschaftsgebiete. Die Safawiden fügten durch ihre Eroberungen die Teile zusammen, die im Großen und Ganzen auch heute noch das Land Persien/Iran bilden. Ihre erste Hauptstadt war Täbris, später dann Isfahan. Teheran wurde erst viel später, unter den Kadscharen, Hauptstadt. Die Eroberungen waren mit heftigen Kämpfen verbunden, sei es mit rivalisierenden Herrschaften oder mit mächtigen Nachbarn wie dem türkisch-osmanischen Reich. Erst nach 1600 stabilisierten sich allmählich die Grenzen. Wegen dieser damals festgelegten Grenzen ist der Iran auch ein Vielvölkerstaat. Heute stellen neben der persisch sprechenden Mehrheit die türkisch-aserbaidschanisch bzw. die kurdisch sprechenden Bevölkerungsteile die zahlenmäßig größten Gruppen. Aber es gibt auch arabische, belutschische und andere Minderheiten. Gleichzeitig gibt es auch größere persisch sprechende Bevölkerungsteile in anderen Ländern, etwa in Afghanistan.

Unter den Safawiden wurde die Zwölfer-Schia eingeführt und gegen Widerstände durchgesetzt, sie wurde in ihrem Herrschaftsbereich zu einer Art verbindlichen Staatsreligion. Deshalb ist der Iran heute mehrheitlich schiitisch. Unter anderem mit der Folge, dass sich eine für die Zwölfer-Schia typische Geistlichkeit

mit ihren verschiedenen Rangstufen, Ajatollah, Hodschatoleslam und Mullah, herausgebildet hat. Im sunnitischen Islam gibt es das in dieser Form nicht.

Nach den Safawiden konnte sich die Kadscharen-Dynastie (1796 – 1925) für längere Zeit die Herrschaft sichern. Im Gegensatz zu den Safawiden gelang es den Kadscharen nie, ihre Macht auch durch eine religiöse Legitimation zu stabilisieren. Während ihrer Herrschaft sind zwei langfristige Entwicklungen zu beobachten, die für die neuere Geschichte von großer Bedeutung sind. Einmal der im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmende Einfluss imperialistischer Mächte. Und zweitens verschiedene Bestrebungen, die eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft erreichen wollten. Beide Entwicklungen waren in widersprüchlicher Weise miteinander verknüpft.

Ökonomisch war Persien um 1800, wie viele andere vorkapitalistische Länder auch, von der Landwirtschaft dominiert. Aber es gab auch eine historisch alte städtische Kultur von einigem Gewicht, die von Händlern, Handwerkern und traditionellen Kleinproduzenten (Manufakturen) geprägt war.

Die herrschende Klasse waren die Großgrundbesitzer mit dem Schah an der Spitze. Die Macht des Schah war formal eine absolute, aber die herrschaftliche Durchdringung der Gesellschaft war nur relativ gering. Insbesondere hatte die Zentralmacht ständig Schwierigkeiten, genügend Steuern einzutreiben. Dieses Dauerproblem begrenzte die reale Macht des Schah bzw. seiner Repräsentanten (Höflinge, Minister, Gouverneure der Provinzen).

Und dann ist noch eine relevante Gruppe zu nennen, die Geistlichkeit. Diese hatte durch eigenen Grundbesitz und vor allem durch Zugriff auf den Besitz religiöser Stiftungen eine stabile ökonomische Basis erlangt, die es ihr erlaubte, als relativ unabhängige Kraft zu agieren. Die Geistli-

chen waren gebildet und stellten auf dem Land oft die einzigen Schreibkundigen. Sie hatten erheblichen Einfluss im traditionellen Bildungswesen und in der Gerichtsbarkeit (Auslegung der Scharia).

Traditionell gab es bei den Geistlichen verschiedene Auffassungen über ein angemessenes Verhältnis zu Staat und Politik. Eine historisch wichtige Richtung wird als Quietismus bezeichnet. Quietismus bedeutet, die Gläubigen (und auch die Geistlichen) sollen sich im Bezug auf die Politik ruhig verhalten. Dem politischen Geschäft wird ein eher negativer Einfluss auf die Moral zugeschrieben. Deshalb soll man sich von der Tagespolitik fernhalten (manchmal auch grundsätzlich von staatlichen Ämtern). In der Praxis neigen Quietisten dazu, sich mit den jeweiligen Machthabern zu arrangieren. Insbesondere, wenn ihre Kerninteressen respektiert werden, werden sie bzw. die durch sie beeinflussten Gläubigen wegen ihrer Abstinenz von der Politik faktisch zu einer Stütze für das Bestehende und damit auch für die Herrschenden. Für die Gegenposition zum Quietismus gibt es keinen gebräuchlichen Namen. Nach dieser Auffassung soll die Moral in der Politik durch eine aktive Beteiligung der Gläubigen verbessert werden. Deshalb plädiert sie für Einmischung und direkte Einflussnahme. Unter den Geistlichen des Iran fanden immer beide Konzepte ihre Anhänger. Allerdings schwankte deren Anzahl im Laufe der Zeit deutlich. Dementsprechend gab es Perioden mit schwachem bzw. starkem direkten politischen Einfluss der Geistlichkeit.

Der Iran war formal nie eine Kolonie. Trotzdem war er ständigen Einmischungen ausländischer Mächte ausgesetzt. Den Beginn der Auseinandersetzungen bildete die Konfrontation mit dem zaristischen Russland. Nach zwei Kriegen (Russisch-Persische Kriege von 1804 bis 1813 bzw. 1826 bis 1828) musste der Iran in den Regionen südlich des

Anzeige

August Thalheimer:

1923**eine verpaßte Revolution?**

Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923



44 Seiten, 1,50 €
 Arbeiterstimme
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
 redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Einführung in den**dialektischen Materialismus**

Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung.
 5,- Euro

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Kaukasus Gebietsverluste hinnehmen. Betroffen waren hauptsächlich Gebiete, die nicht zum Kernbereich Persiens gehörten, sondern von lokalen Herrschern regiert wurden, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zum persischen Schah standen. Die Kriege beendeten zuerst diesen persischen Einfluss. Wenig später wurden die Gebiete dann direkt in das russische Zarenreich eingegliedert (es handelt sich im wesentlichen um die heutigen Staaten Aserbaidschan und Armenien sowie östliche Teile Georgiens).

Die zweite imperialistische Macht, die nach Persien drängte, waren die Briten. Sie versuchten vor allem wirtschaftlichen Einfluss zu erlangen. Das wichtigste Mittel war der Erwerb von Konzessionen. Das heißt, ausländische Unternehmer bekamen gegen (normalerweise jährliche) Zahlungen das Recht zugesprochen, bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten monopolartig auszuüben. Es gab, unter anderem, Konzessionen für Straßenbau, Bergwerke, Banken, Telegraphie, Eisenbahnen und ab 1901 auch für die Förderung von Erdöl. Darüber hinaus konnten die ausländischen Mächte Privilegien für ihre Staatsbürger durchsetzen und zusätzlichen Einfluss ausüben, indem sie „Berater“ an entscheidenden Stellen installieren konnten. Sogar die Offiziere einzelner Truppenteile wurden zeitweise von ihnen gestellt. Bis zum ersten Weltkrieg konkurrierten Russland und Großbritannien um den vorherrschenden Einfluss im Lande.

Beim Schah, bei Höflingen und allgemein in der herrschenden Klasse gab es eine gewisse Bereitschaft, mit den ausländischen Mächten zu kooperieren. Hauptsächlich aus finanziellen Gründen, denn sie konnten von den Zahlungen für die Gewährung der Konzessionen profitieren. Wer Zahlungen erhielt, der Schah persönlich, der Staat oder einflussreiche Höflinge, war meistens nicht sehr transparent und bot Raum für vielerlei korrupte Praktiken. Manchmal ging es bei der Kooperation aber auch darum, sich für die jeweils eigenen Machtziele britische respektive russische Unterstützung zu sichern.

Gegen die Konzessionspolitik und generell gegen die Einmischung von Außen regte sich bald Wider-

stand aus der Gesellschaft heraus. Der Widerstand wurde von den städtischen Schichten, den Händlern, Kleinproduzenten etc. getragen, die ihre ökonomischen Interessen gefährdet sahen. Widerstand gab es aber auch von mehr oder weniger großen Teilen der schiitischen Geistlichkeit. Ein Beispiel für ein großes Engagement des Klerus war 1891 der Aufstand gegen die Tabakkonzession für die britische „Imperial Tobacco Corporation“. Die Tabakkonzession war 1890 vom Schah erteilt worden, musste aber wegen der heftigen Gegenwehr wieder zurückgezogen werden.

Allerdings konnte sich zwischen den beiden Gruppen, den städtischen, bürgerlichen Kräften und der Geistlichkeit, kein einigermaßen stabiles Bündnis herausbilden. Nur gelegentlich und vorübergehend agierten sie mit vereinten Kräften. Denn neben der gemeinsamen Ablehnung der ausländischen Einmischung gab es auch erhebliche Differenzen. Die städtischen Schichten forderten oft zusätzliche Maßnahmen, z.B. eine Reform des als willkürlich erlebten Justizwesens und generell mehr Mitsprache. Dabei machte sich bei ihren Forderungen ein im Laufe der Zeit immer größer werdender moderner, westlicher Einfluss bemerkbar. Von der Geistlichkeit dagegen wurden moderne Ideen oder die Verwestlichung im allgemeinen abgelehnt.

Auch in der herrschenden Klasse gab es Kreise, die eine Modernisierung des Landes anstrebten. Sie dachten dabei hauptsächlich an Reformen beim Militär oder in der Zoll- und Steuerverwaltung. Schließlich mussten sie immer wieder erleben, dass die Ausländer auf vielen Gebieten eine Überlegenheit erreicht hatten, der die traditionellen Eliten wenig entgegensetzen konnten. Die Russisch-Persischen Kriege z.B. hatten das klar aufgezeigt. Auch zahlenmäßig deutlich überlegene persische Einheiten mussten gegen die besser organisierten und ausgerüsteten russischen Truppen Niederlagen hinnehmen.

Natürlich spielte auch die Person des jeweiligen Schah eine Rolle, er ernannte die für die Tagespolitik verantwortlichen Minister und schenkte den konkurrierenden Richtungen

einmal mehr, einmal weniger Gehör und Einfluss.

Die Jahre 1905 bis 1911 werden in der persischen Geschichtsschreibung als Zeit der konstitutionellen Revolution bezeichnet. Angeregt durch die Ereignisse in Russland kam es 1905 auch in Persien zu Unruhen. Vorausgegangen waren Konflikte von Händlern und Gewerbetreibenden mit der Obrigkeit. Es ging um Steuern und Zölle. Zuerst versuchten die Behörden die Konflikte durch brutale Bestrafung von vermeintlichen Rädelsführern zu unterdrücken, was aber die Empörung nur anheizte. Nach Demonstrationen, Streiks und vielen anderen Aktionen musste der Schah die Wahl eines Parlaments (persisch: Madschles) zugestehen. Dieses trat 1906 zusammen und verabschiedete eine Verfassung, die 1907 noch einmal erheblich erweitert wurde. Damit war Persien zur konstitutionellen Monarchie geworden.

1907 starb der Schah (Mozaffar ad-Din Schah), kurz nachdem er die Verfassung unterzeichnet hatte. Der Nachfolger (Mohammed Ali Schah) versuchte 1908 die Entwicklung wieder rückgängig zu machen. Er löste das Parlament auf, ließ die dort versammelten Parlamentarier beschießen und ging gewaltsam gegen die Anhänger der konstitutionellen Monarchie vor. Aber die ihm ergebenen Truppen wurden besiegt und er musste nach Russland ins Exil gehen. Nachfolger wurde sein damals 12 Jahre alter Sohn. 1911 versuchte der Vater, Mohammed Ali Schah, noch einmal mit einer Schar von Bewaffneten an die Macht zu gelangen. Aber auch dieser der Angriff wurde zurückgeschlagen. Damit hatte sich die konstitutionelle Monarchie endgültig durchgesetzt.

Das war möglich, weil es sich bei diesen Kämpfen um eine der Gelegenheiten handelte, bei der städtisches Bürgertum, die verschiedenen Strömungen von „Modernisten“ (darunter auch Linke) und die Geistlichkeit zusammenwirkten. Allerdings war die Unterstützung der konstitutionellen Monarchie durch die Geistlichkeit nicht uneingeschränkt. Sie konnte z.B. bei den Verfassungsergänzungen von 1907 eine Bestimmung durchsetzen, nach

der ein Expertengremium aus fünf Geistlichen alle Gesetzesvorlagen des Parlaments auf Übereinstimmung mit den islamischen Rechtsgrundsätzen überprüfen sollte. Eine Minderheit unter den Geistlichen lehnte das Parlament auch grundsätzlich ab.

Die politischen Verhältnisse blieben labil. In den Parlamenten der folgenden Wahlperioden standen sich „Modernisten“ und Konservative meistens in etwa gleicher Anzahl gegenüber und blockierten sich dadurch gegenseitig. Keine Seite konnte sich entscheidend durchsetzen. Das Land blieb ein Hybrid aus modernen Elementen, kombiniert mit noch großen Resten der feudalen Ordnung.

Die imperialistischen Einmischungen dauerten an und verschärften sich sogar. 1907 ordneten Großbritannien und das Russische Reich ihre imperialen Interessen und Einflusszonen neu. Der Grund dafür lag völlig außerhalb Persiens. Die beiden Mächte näherten sich an, um in Europa der wachsenden Macht des deutschen Kaiserreichs etwas entgegenzusetzen. Für Persien hatte der Interessenausgleich zur Folge, dass es im Vertrag von Sankt Petersburg in eine russische Einflusszone im Norden (inklusive Teheran), eine britische im Südosten und eine sogenannte neutrale Zone dazwischen aufgeteilt wurde. Es ist bezeichnend, dass Persien in keiner Weise an diesem Abkommen beteiligt war oder auch nur konsultiert worden wäre. Während der Kämpfe um die Verfassung im Jahr 1909 besetzte Russland weite Teile Nordirans, angeblich um seine Interessen zu wahren. Nachdem 1908 ein großes Ölfeld entdeckt wurde, konzentrierten sich die Briten auf die Kontrolle des nun anlufenden Ölgeschäfts.

Im ersten Weltkrieg erklärte sich Persien für neutral. Großbritannien, Russland und die osmanische Türkei respektierten diese Neutralitätserklärung allerdings nicht wirklich. Es kam des öfteren zu größeren Kampfhandlungen auf iranischem Gebiet. Die Umstände der Zeit brachten viel Not für das Land, auf Missernten folgten Hunger und sich ausbreitende Epidemien.

Nach dem Krieg beendete die neu entstandene Sowjetunion die imperiale Einflussnahme. Die Briten dagegen wollten ihren Einfluss weiter ausbauen und handelten mit der (letztlich von ihnen abhängigen) persischen Regierung den Anglo-Persischen Vertrag von 1919 aus. Dieser Vertrag hätte das Land zu einem Protektorat bzw. zu einer Halbkolonie gemacht. Dagegen entwickelte sich erheblicher Widerstand im Land. Den Befürworter des Vertrags gelang es nicht, im persischen Parlament dessen Ratifizierung durchzusetzen, trotz großem wirtschaftlichen Druck von Seiten Englands.

Die labile und komplizierte politische Lage ermöglichte es einzelnen Personen, eigene Machtpositionen aufzubauen. Ein ursprünglich einfacher Soldat, mit Namen Reza Khan, wurde Offizier, machte Karriere und brachte es zum Kommandeur der Kosakenbrigade. Diese hieß so, weil sie früher ausschließlich von russischen Offizieren geführt wurde. Sie umfasste nur 7000 bis 8000 Soldaten, war aber damals eine der wenigen modernen und schlagkräftigen Truppenteile des Landes. Die nächste Etappe war der Aufstieg zum Kriegsminister. So wurde Reza Khan zum Befehlshaber der gesamten bewaffneten Macht. Dadurch wurde sein Einfluss immer größer, er wurde Premierminister und 1925 erreichte er endgültig die Spitze der Macht. Er konnte durchsetzen, dass das Parlament den letzten Kadscharen-Schah, der sich gerade außer Landes befand, absetzte und er als Reza Pahlavi, wie er sich nun nannte, zum Schah gekrönt wurde. Durch eine Verfassungsänderung wurde die Herrschaft der neuen Dynastie Pahlavi verankert. Formal wurden damit die konstitutionellen Regeln beachtet, real begann wieder eine Zeit der Alleinherrschaft.

Es ist bemerkenswert, dass die führenden Geistlichen zwar die Umwandlung Persiens in eine Republik, die Reza Khan (mit ihm als Präsidenten) zuerst favorisierte, vehement ablehnten, aber keine Einwände gegen die Etablierung einer neuen Dynastie hatten. Das Alt-hergebrachte, die Schah-Monarchie sollte nicht einfach beseitigt werden. Diese Position ist zu einem großen

Teil darauf zurückzuführen, dass in dieser Zeit quietistische Tendenzen unter der Geistlichkeit immer stärker wurden. Der Ajatollah Hossein Borudscherdi, der solche Positionen vertrat, erlangte immer größeren Einfluss. Spätestens ab 1949 mit der allgemeinen Anerkennung von Borudscherdi als Groß-Ajatollah war der Quietismus die dominierende Position in der iranischen Geistlichkeit und blieb es bis zum Tod Borudscherdis im Jahre 1961.

Reza Pahlavi orientierte sich stark an der Entwicklung in der Türkei, die dort mit etwas zeitlichem Vorsprung ablief. Atatürk war sein Vorbild. Auch im Iran wurden unter seiner Herrschaft viele Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt, z.B. eine umfassende Justizreform mit der Einführung eines am Code civil orientierten bürgerlichen Gesetzbuches, wenn auch weiterhin mit einer gewissen Beachtung des islamischen Rechts. Bei zwei für das Land wichtigen Bereichen veränderte sich aber wenig. Die traditionellen Besitzverhältnissen beim Grundbe-

sitz blieben erhalten. Eine Bodenreform kam nicht voran. Auch beim Ölsektor wurde wenig erreicht. Er blieb fast ausschließlich unter britischer Kontrolle.

Außenpolitisch versuchte Pahlavi die Abhängigkeit von den Briten zu verringern, indem er eine enge Kooperation mit Deutschland anstrebte. Es kamen viele deutsche Spezialisten ins Land und die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nahmen stark zu. Reza Pahlavi hatte keinerlei Probleme, mit Nazi-Deutschland zusammenzuarbeiten, im Gegenteil, er ließ Sympathien erkennen. 1941, nach dem Angriff auf die Sowjetunion tolerierten die Alliierten die Verbindung zwischen Nazi-Deutschland und dem Iran nicht mehr länger. Großbritannien und die Sowjetunion besetzten das Land militärisch. Unter dem Druck der Alliierten dankte der Schah im September 1941 ab. Er musste ins Exil nach Südafrika. Nachfolger wurde sein Sohn Mohamed Reza Pahlavi, damals 21 Jahre alt.

Der Iran blieb bis zum Ende des Krieges unter Militärverwaltung. Die Politiker, die danach die Führung übernahmen, stützten sich wieder auf Mehrheiten im Parlament. Der Schah hielt sich vorerst mit Eingriffen in die Politik zurück. Zum dominierenden Thema dieser Zeit wurde der Kampf um die Kontrolle des Öls. 1951 wurde vom Parlament die Verstaatlichung der AIOC (Anglo Iranian Oil Company) beschlossen. Die Auseinandersetzungen um die konkrete Umsetzung dieses Beschlusses spitzten sich unter Ministerpräsident Mohamed Mossadegh immer mehr zu und wurden zum entscheidenden Kampf um die Macht im Iran. Am 16. August 1953 flüchtete der Schah ins Exil, kurz danach, am 19. August, folgte der von der CIA unterstützte Militärputsch. Mossadegh wurde verhaftet und der Schah wieder eingesetzt. Auch wenn die Verfassung nicht aufgehoben wurde, folgte eine Zeit mit stärker vom Schah persönlich ausgeübter Macht. Die USA etablierten sich mit dem Putsch als unumstrittene Vormacht.

Etwa ab 1963 initiierte der Schah viele Modernisierungsmaßnahmen

(das Schlagwort war die „weiße Revolution“), die den Iran zu einem modernen, pro-westlichen Land machen sollten. Im Zuge dieser Modernisierungen wurde auch eine Landreform durchgeführt, die dem feudalen Großgrundbesitz ein Ende bereitete. Auch das Frauenwahlrecht wurde 1963 eingeführt. 1960 war der Iran bereits Gründungsmitglied der OPEC. 1973, während der sogenannten Ölkrise, konnte der Iran durch ein Abkommen mit den Ölmultis das Ölgeschäft des Landes neu ordnen. Ähnlich wie die anderen Erdöl produzierenden Länder und OPEC-Mitglieder konnte der Iran in dieser Zeit seine Einnahmen aus dem Ölgeschäft stark steigern.

Der Iran war ein treuer Bündnispartner der USA. In diesem Rahmen begann er sein Militär auszubauen und eine hegemoniale Rolle in der Region anzustreben.

Der Iran unter dem Schah war in vieler Hinsicht auch ein Land des globalen Südens. Ausgehend von einer nur peripheren Eingliederung in die kapitalistische Weltwirtschaft wurde versucht, durch Modernisierungsmaßnahmen den Anschluss an die moderne Entwicklung, wie sie von den kapitalistischen Zentren vorgegeben wurde, zu finden.

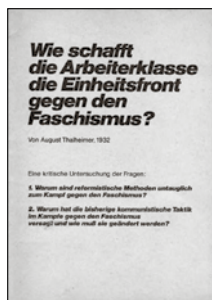
Eine Besonderheit war der Ölreichtum. Dadurch konnte der Iran erhebliche Einnahmen erzielen, die im Vergleich zu anderen Ländern einen größeren finanziellen Spielraum ermöglichten.

Der Modernisierungsprozess unter der diktatorischen Herrschaft des Schah verlief aber alles andere als widerspruchsfrei. Die Opposition gegen den Schah begann stärker zu werden. Das Schah-Regime reagierte auf Widerstand mit verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen. Die brutale Behandlung von Oppositionellen durch den Geheimdienst (SAVAK) war berüchtigt. Nach dem Tode von Groß-Ajatollah Borudscherdi (1961) verlor der von ihm vertretene Quietismus an Einfluss in der Geistlichkeit. Ein besonders engagierter Vertreter der Gegenposition war Ajatollah Chomeini, der bereits 1963 den Schah und seine Politik öffentlich scharf angriff.

Anzeige

August Thalheimer:

**Wie schafft die Arbeiterklasse
die Einheitsfront gegen den
Faschismus?**



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

Den Kampf für den Frieden in den Gewerkschaften voranbringen

Vierte Gewerkschaftliche Friedenskonferenz in Würzburg



Die nunmehr Vierte Gewerkschaftliche Friedenskonferenz tagte am 24. und 25. Juli 2026 in Würzburg, ausgerichtet von der IG Metall Würzburg und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das hat mittlerweile Tradition seit der ersten Veranstaltung dieser Art in Hanau 2023, damals in Reaktion auf den Ukraine-Krieg und verbunden mit dem Versuch, in die seinerzeit laufenden Tarifrunden Metall/Elektro und Öffentlicher Dienst Bund/Kommunen auch das Friedensthema einzubringen. Das kam zumindest in Teilen der örtlichen Gewerkschaftsbasis gut an, wurde aber von den höheren Ebenen der Gewerkschaftshierarchie nicht unterstützt, eher totgeschwiegen. Es sind bisher überschaubare Aktionen, die aber klarmachen, dass es in den Gewerkschaften Bewegung gibt, die den Anspruch umsetzen will, dass Gewerkschaften und Friedensbewegung zusammenarbeiten müssen. Frieden ist ein Grundbedürfnis für die weit überwiegende Mehrheit der Menschen, eben derjenigen, die lohnabhängig arbeiten. Sie verdienen nicht am Krieg, sondern dienen als Kanonenfutter. Aufrüstung ist zwangsläufig Raubbau an sozialer Sicherheit, Infrastruktur und gesellschaftlichem Wohlstand.

Haltung der Gewerkschaftsführungen

Doch die friedenspolitische Debatte in den Gewerkschaften ist widersprüchlich. Die Führungsebenen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften fühlen sich weiterhin dem Zusammenhalt der kapitalistischen Gesellschaft, damit der Sozialpartnerschaft mit Regierung und Kapital verpflichtet. „Unsere“ bürgerlich-repräsentative Demokratie, „unsere“ freiheitliche Art zu leben, nicht zuletzt „unser“ Standort Deutschland sollen verteidigt werden, allen Trumps und Putins der Welt zum Trotz. Ein besonders eindrückliches Beispiel hierzu war ein gemeinsames Positionspapier des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), des SPD-Wirtschaftsforums und der IG Metall in Gestalt ihres Zweiten Vorsitzenden, Jürgen Kerner, vom 9. Februar 2024 (vgl. *Arbeiterpolitik* Nr. 2/3 2024, S. 25). Darin wird „eine Industriepolitik (gefordert), die die Produktivitätskapazitäten und technologischen Fähigkeiten des Standortes Deutschland und der hier tätigen Rüstungsunternehmen in den Blick nimmt und fördert“, denn das sei auch „für deren Beschäftigte von großer Bedeutung“.

Dagegen wies z. B. der ver.di-Ökonom Dierk Hierschel in der Dritten Gewerkschaftlichen Friedenskonferenz in Salzgitter (ausgerichtet von der dortigen IG Metall) überzeugend nach, dass Rüstungsproduktion wegen des „passiven Konsums“ durch den „Monopolnachfrager“ Staat für die Volkswirtschaft unproduktiv und Abzug von gesellschaftlichem Wohlstand, damit an Lebensqualität von Lohnabhängigen und Sozialeinkommensbeziehenden ist. In diesem Beispiel geht also der Widerspruch bis in den Vorstand einer Einzelgewerkschaft hinein (wie bis vor einigen Monaten in der IG Metall Hans-Jürgen Urban, der nach seiner Verrentung durch einen Vertreter der CDU-Sozialausschüsse ersetzt wurde).

Ein aktuelleres Beispiel der sozialpartnerschaftlichen Verbundenheit ist

eine Erklärung „Deutschland braucht Haltungsänderung – Kein Wohlstand ohne Aufbruch“ im gleichen Sinne von BDI-Präsident Peter Leibinger und den Vorsitzenden von IG Metall, Christiane Benner, und IG BCE, Michael Vassiliadis (*Handelsblatt* vom 29.6.). Die große Mehrheit der Lohnabhängigen einschließlich der gewerkschaftlichen Basis lässt sich von dieser regierungstreuen Position einbinden, teils mehr oder weniger überzeugt, weil es dem kurzfristigen Daseinsinteresse zu entsprechen scheint, teils resigniert, weil sich eine realistische Alternative nicht abzuzeichnen scheint. Es mangelt an einer antikapitalistischen Strategie ebenso wie an einer breit anerkannten Organisation, die diese tragen würde.

Friedensbewegte Aktivitäten in den Gewerkschaften

Doch es gibt Bewegung in der gewerkschaftlichen Basis, organisiert und vorangetrieben von – bislang noch wenigen – Aktiven. Dazu zählen eben die bisher vier Gewerkschaftlichen Friedenskonferenzen.

Hanau hatte 2023 großen Anteil daran, die erste dieser Konferenzen ausgerichtet und damit einen Anfang gesetzt zu haben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat zwar die wissenschaftliche Expertise sowie Ressourcen eingebracht, um eine solche Konferenz zu meistern, aber der Raum wurde in Hanau geöffnet. Zu den Aktiven gehörte auch die Hanauer Friedensplattform, denn erste Kontakte zu den örtlichen Gewerkschaftsführungen von IGM, ver.di und DGB gingen von ihr aus. Die nächsten Schritte waren, die laufenden Tarifrunden Metall-Elektro und Öffentlicher Dienst zu nutzen, das Friedensthema auf Streikkundgebungen in einem Redebeitrag einzubringen, was gut aufgenommen wurde. Bemerkenswert hierbei war, dass auf diese Weise über Kundgebungen die Basis einbezogen wurde.

Man darf an dem Hanauer Beispiel freilich nicht übersehen, dass die Zustimmung der Streikenden eine eher

passive war. Es handelt sich nicht um eine Bewegung aus den Betrieben heraus, sondern um Anstrengungen von Aktiven in ihrem Bemühen, eine authentische Verbindung von Belegschaften und Friedensbewegung aufzubauen. Das braucht Zeit, aber das muss die Perspektive sein.

Damit wurde eine Aktivität angeschoben, die zwar die Mehrheitsverhältnisse in den Gewerkschaften bisher nicht grundlegend verändern konnte, aber doch Alternativen aufzeigt und in die Diskussion der Gesamtorganisation DGB und Einzelgewerkschaften einbringt. Die weiteren Gewerkschaftlichen Friedenskonferenzen liefen nach diesem Muster ab. Der Umfang dieser Konferenzen ist mit einigen Zahlen schnell umrissen: Physisch nahmen jeweils etwa 200 Menschen teil, die online-Einschaltungen bewegten sich insgesamt zwischen 250 (Hanau 2023) bis 900 (Würzburg 2026), zeitgleich aber jeweils nur wenige im zweistelligen Bereich.

Weitere Formen und Organisationen von Friedensaktivitäten im gewerkschaftlichen Bereich sind Initiativen wie „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“ (mit initiiert von Ulrike Eifler, die in allen bisherigen Konferenzen eine tragende organisatorische und inhaltliche Rolle hatte, neben der jeweiligen örtlichen Gewerkschaftsführung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung). Weiter können hier genannt werden die Initiative „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg“ sowie „Sagt Nein! Gewerkschafter*innen gegen Krieg, Militarismus und Bürgerkrieg“ (Andreas Buderus).

Solche basisgewerkschaftlichen Initiativen (die Aufzählung hier erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit) zielen auf Wirkung in DGB und Einzelgewerkschaften insgesamt, auf Basis und Führung, ab. Sie appellieren in unterschiedlichem Maße auch an Zusammenarbeit untereinander, um ihre Wirkung zu verstärken. Leider ist es nicht so weit, geschuldet nicht zuletzt unterschiedlicher politischer Positionierung und Strategiebildung. Grundsätzlich scheint es einem Teil dieser Gruppen schwerpunktmäßig auf die Kritik an der sozialpartnerschaftlichen Haltung der Gewerkschaftsführungen anzukommen, während andere eher ihre Strategie darauf setzen, durch Druck

von der Basis aus Einfluss auf die Haltung der Gewerkschaften nehmen zu können.

Internationale Aktivitäten

Auch auf internationaler Ebene gibt es diese Aktivitäten. Nach einer ersten internationalen Friedenskonferenz im Oktober 2025 in Paris gab es am 20. Juni 2026 eine Nachfolgekonferenz, die viele tausende Gewerkschafter und Friedensaktive aus aller Welt in London zusammenbrachte.

„Die Konferenz wurde von 14 nationalen britischen Gewerkschaften offiziell unterstützt, darunter die größte britische Gewerkschaft Unison. Delegationen der CGT und Force Ouvrière in Frankreich waren ebenso präsent wie die der spanischen UGT oder der italienischen CGIL. Auch aus Deutschland beteiligte sich eine Delegation von Gewerkschaftern. Allerdings gab es keine offizielle Unterstützung aus den Gewerkschaftsstrukturen. ... Unser Problem in Deutschland ist das niedrige Niveau an Klassenkämpfen.“ (Ulrike Eifler, Interview <https://niewieder-krieg.org/2026/06/29/londoner-friedenskonferenz/>).

„Wenn wir nach Großbritannien schauen, sehen wir riesige palästinensolidarische Demonstrationen. Wenn wir nach Italien und Griechenland schauen, sehen wir Streiks gegen Rüstungsexporte nach Israel. In Europa ist die Antikriegsbewegung auf der Straße. Nur in Deutschland ist davon wenig zu spüren. Deshalb sage ich, dass gerade für uns die Inspiration der internationalen Proteste das Feuer sein kann, das uns hilft, dass auch hierzulande der Protest überspringt.“ (ebenda).

Es gibt erste Vergleiche mit der Zimmerwalder Konferenz im Ersten Weltkrieg. Auch das war ja zunächst eine recht kleine Versammlung aus wenigen Aktiven, denen in vielen Fällen aus dem Exil heraus die Verbindung mit der Bewegung in der Heimat schwerfiel. Es ist uns beim jetzigen Stand der Entwicklung nicht möglich, Voraussagen zu machen; solche Wertungen werden vielleicht in späteren Jahren/Jahrzehnten Historiker:innen treffen können.

Widersprüchliche Beschlüsse im DGB-Bundeskongress

Dennoch sind auch in Deutschland Aktivitäten nicht fruchtlos. Die Erfolge zeigten sich etwa beim DGB-

Bundeskongress vom 10.-13. Mai 2026, als Beschlüsse gefasst wurden, die sich für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ und gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht aussprachen. Den Worten müssen Taten folgen, und dafür müssen wir uns mit unseren Aktivitäten weiter einsetzen.

Zwei Anträge bzgl. der Frage von Krieg und Frieden erregten großes Aufsehen und Lob: Der Initiativantrag des DGB-Bundesvorstands *„Friedensfähig statt kriegstüchtig - unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten“* und der Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses *„Nein zur Wehrpflicht“* (<http://www.dgb.de/derdgb/ordentlicher-bundeskongress/>). Bemerkenswert ist, dass Positionen und Forderungen aus der Friedensbewegung akzeptiert und unterstützt werden. Dazu gehören etwa folgende: 1. den „Verteidigungshaushalt“ nicht an der „beliebigen Fünf-Prozent-Zielvorgabe der NATO“ auszurichten, denn die „Zielkonflikte zwischen (unproduktiven) Rüstungsausgaben und (produktiven) Zukunftsinvestitionen in soziale und innere Sicherheit, öffentliche Infrastruktur, kommunale Daseinsvorsorge sowie den klimagerechten und digitalen Umbau unseres Wirtschaftssystems“ würden sich massiv verschärfen, 2. Ablehnung einer Wiedereinführung der Wehrpflicht, 3. eine „gute Bildungs-, Ausbildungs- und Chancenpolitik“, 4. den Klimawandel als ernste Bedrohung durch die Wirtschaftspolitik der G20 einzuordnen, 5. Sicherheit „in einem untrennbaren Zusammenhang“ mit „gerechter Wohlstandsverteilung, guten Arbeitsbedingungen, demokratischer Teilhabe ... und basierend auf der Solidarität der Beschäftigten über nationale Grenzen hinweg“ zu sehen.

Das sind gute Ansätze, die in einer Organisation wie dem DGB mit weitgespannten, politisch unterschiedlichen Positionen nicht selbstverständlich sind. Am Schluss heißt es: *„Als Gewerkschaften halten wir dabei unbeirrbar an dem Grundsatz fest: Frieden bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Er erfordert eine Politik, die Freiheit, Demokratie und gesellschaftliche Resilienz stärkt und Sicherheit nicht einseitig militärisch definiert. Wir wollen friedensfähig statt kriegstüchtig sein und bleiben!“*

Dagegen stehen aber im Text durchgängig Formulierungen, die

sich an dem in Politik und Medien vorherrschenden Narrativ der bedrohlichen Lage orientieren, in der Deutschland, Europa, der Westen sich befinden, weil die Trumps, Putins und Xi Jinpings dieser Welt die angeblich „regelbasierte Weltordnung“ in die Tonne treten. So wird z. B. beschworen, dass „gesellschaftliche Resilienz“ erfordert, „friedens- und sicherheitspolitische Positionierung unter dem Dach des DGB weiter(zu)entwickeln“.

In dieser Form stellen die genannten Beschlüsse eine Janusköpfigkeit dar, die sowohl eine friedenspolitische Intervention als auch die Zustimmung zu Rüstungs- und Infrastrukturmaßnahmen im Sinne der Bundesregierung offenlässt. Für die Friedensaktivist:innen in den Gewerkschaften bedeutet das, dass weiter um die offenen Fragen gekämpft werden muss. Die Organisationen der Lohnabhängigen sind eben nicht automatisch Teil einer Friedensbewegung, sondern müssen dazu gemacht und darin gehalten werden. Dies ist nicht zuletzt eine Lehre aus dem Ersten Weltkrieg, in dem es ja noch legale Gewerkschaften gegeben hat. Mit ihnen waren ein „Vaterländisches Hilfsdienstgesetz“ (1916: Arbeitspflicht für Männer gegen Zugeständnisse an die Gewerkschaften), ein „Ebert-Gröner-Bündnis“ (10.11.1918: Vereinbarung zwischen SPD-geführter Reichsregierung und Oberster Heeresleitung zu gemeinsamem Vorgehen gegen die „Linksradikalen“) etc. möglich. Aber es gab eben auch Streiks (z. B. Munitionsarbeiterstreiks Januar 1918), die ein Ende des Krieges forderten und dazu beitrugen. Der Kampf geht also weiter.

Der Aufruf des DGB zum Antikriegstag am 1. September 2026 enthält friedenspolitische Aussagen und Forderungen, etwa die Abkehr von der „Rhetorik der Kriegstüchtigkeit“ und die „Rückbesinnung“ auf eine Politik der „Friedenssicherung“. Es wird gefordert, dass der „Verteidigungshaushalt“ nicht willkürlich an der „Fünf-Prozent-Zielvorgabe“ der NATO festgemacht wird; er darf nicht zu Sozialkürzungen führen. Für den 26. September 2026 rufen die Gewerkschaften zu Demonstrationen gegen Sozialabbau auf, die dezentral in großen Städten stattfinden sollen. In Aufrufen dazu findet sich jedoch der Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau nicht.

Konferenz Würzburg: Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg

Die Vierte Gewerkschaftliche Friedenskonferenz wurde von der IG Metall Würzburg in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert und in einem Raum im Kolpinghaus durchgeführt, der groß genug war, die 200 angemeldeten Personen zu fassen. Die Begrüßungsworte am Freitag, 24. Juli sprachen Ulrike Eifler, Zweite Bevollmächtigte, und Norbert Zirnsack, Erster Bevollmächtigter der IGM Würzburg, sowie Bernd Riexinger, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung (seit November 2025). Eifler hob hervor, dass sich die bisherigen Konferenzen zu einem Referenzort der gewerkschaftlichen Debatte entwickelt, Räume geöffnet, Argumente gebündelt und dadurch die Diskussion vorangetrieben haben. Sie bezog sich hierbei auch auf den DGB-Bundeskongress (s. o.).

„Zerbricht die Weltordnung?“

Der erste Diskussionsblock der Tagung wurde eingeleitet durch einen umfangreichen Vortrag von Ingar Solty, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Außen- und Sicherheitspolitik und als solcher auf allen Vorgängerkonferenzen präsent. Sein Thema hieß: „Zerbricht die Weltordnung?“ Er unterteilte die bisherige Geschichte des Kapitalismus in vier Systemkrisen: 1. die „Große Deflation“ von 1873 - 1896, 2. die „Große Depression“ von 1929 - 1941, 3. die Krise des fordistisch regulierten Kapitalismus ab 1970, 4. das Ende der westlichen Dominanz seit der Finanzkrise 2007/8. Diese systemischen Krisen beschrieb Solty als Konsequenzen der expansiven Dynamik des Kapitalismus. Hierauf folgte eine Darstellung der unterschiedlichen Phasen und Formen der kapitalistischen Entwicklung und Globalisierung sowie der Staatsformen, die an der Natur des Kapitalismus nichts ändern. Zu den neuen einschneidenden Veränderungen unserer Zeit gehört dabei der Aufstieg Chinas, dem es – anders als seinerzeit der Sowjetunion – auf spezifische Weise gelungen ist, sich aus Abhängigkeit und Rückständigkeit zu befreien.

Im Westen erfolgt aus dieser globalen Entwicklung ein, so Ingar Sol-

ty, postliberaler Kapitalismus, der mit einem autoritären Krisenmanagement auftritt, zu Rüstungskeynsianismus übergeht, Sozialabbau und Überwachung verschärft und auch Regeln des Marktes bricht. Verschuldung resultiert jedoch nicht nur aus militärischen Anforderungen, sondern auch aus Belastungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise wie Corona-Bewältigung, Klimawandel, Elektrifizierung der Wirtschaft statt fossiler Energienutzung. Das führt zu einem neuen Verhältnis zwischen Staat und Kapital. Die bürgerliche Demokratie ist bei diesen Krisenbedingungen aus der Sicht der Herrschenden zunehmen dysfunktional geworden. Diese aktuelle Form von Kapitalismus und Imperialismus erfordert nach Ansicht von Solty eine neue Stufe von Kapitalismustheorie.

Zusammenfassend sprach Solty die grundlegenden Alternativen unserer Zeit an, auf die wir uns einstellen müssen: nicht nur was die soziale Frage, Friedensfrage und Klimakrise betrifft, sondern den Bestand der Demokratie, für die die Arbeiterbewegung historisch eingestanden ist. Wir stehen vor Alternativen wie: entweder Völkerverständigung oder weitere Militarisierung und Krieg, entweder eine zivile oder militariserte Gesellschaft, Elektrifizierung der Wirtschaft oder Zerstörung unserer Biosphäre, Sozialstaat oder Rüstungsstaat, starke Industriebasis oder Deindustrialisierung durch Aufrüstung, starke oder schwache Gewerkschaften, Demokratisierung oder Obrigkeitsstaat. Er fasste zusammen: entweder sozialistische Entwicklung oder Barbarei.

In den darauf folgenden Diskussionsbeiträgen wurde insbesondere auf die Rolle von Gewerkschaften eingegangen. Das Verhältnis von Rüstung und Sozialabbau müsse stärker thematisiert werden, auch in Rüstungsbetrieben selbst und unter Bezugnahme auf die Abhängigkeit von Beschäftigten, die damit nicht allein gelassen werden dürfen. Politische Fragen müssen in den Gewerkschaften mit den Kolleg:innen diskutiert werden. Dabei muss aber auch klar sein, dass der Feind nicht in den Organisationen der Lohnabhängigen zu suchen ist, sondern in der herrschenden Klasse.

Lage in Kuba

Zu diesem Thema war der stellvertretende Botschafter Kubas, Miguel E. Torres, eingeladen. Er berichtete über die verzweifelte Lage Kubas während der aktuellen Verschärfung der Blockade durch das Trump-Regime in den USA. Kuba benötige „jährlich etwa 8 Millionen Tonnen Rohöl für seinen normalen Betrieb, doch das russische Schiff (das als einziges mit Rohöl beladen durchgekommen war) brachte lediglich 100.000 Tonnen“. Er beschrieb den „humanitären Schaden“ für die Bevölkerung und bezeichnete ihn als „Akt des Völkermordes“. Er ging auf den Beschluss des Parlaments ein, 176 Maßnahmen zu wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu treffen. Ziel sei es, „die erreichte soziale Gerechtigkeit zu erhalten und auszubauen“.

Verständlicherweise äußerte er sich in seinem kurzen Vortrag nicht zu der Problematik, inwiefern damit dem Kapitalismus und der Intervention der USA zwangsläufig Tür und Tor geöffnet würde. Wir können das an dieser Stelle auch nicht tun. Wir nehmen die dargelegte Zuversicht des Botschafters zur Kenntnis, dass Kuba im Globalen Süden nicht alleinstehen und die Bewegung stärker denn je sei. Was kann ein kubanischer Botschafter in dieser Situation in einer Konferenz im fernen Würzburg anderes tun, als an Solidarität und Zuversicht zu appellieren?

Rüstung und Sozialabbau

Der zweite Themenblock befasste sich mit: „Achtstundentag, Rente, Sozialabbau – wer zahlt für die Aufrüstung und was können wir dagegen tun?“ Die hier vertretenen Positionen stimmten mit dem, was Ingar Solty vorgetragen hatte, prinzipiell überein und beriefen sich auch gelegentlich auf ihn.

Sidan Carman von ver.di Stuttgart legte dar, dass die Sozialausgaben entgegen den vielfach zu hörenden Klagen nicht wachsen, vor allem nicht im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Der Sozialstaat sei ohnehin unterfinanziert. Angesichts der Rüstungsproblematik sei die Friedensfrage eine Verteilungsfrage.

Sinan Öztürk, stellvertretender Vorsitzender von ver.di Bayern, warf die Frage der Rückzahlung der Schulden auf. Zinsen belasten jetzt schon

die Haushalte, die Tilgung komme ab 2028 dazu.

Gürçan Erdinc, Betriebsratsvorsitzender im Metallhandwerk, beschrieb Zukunftsängste der Beschäftigten wie auch der mittelständischen Betriebe.

Der Jurist Wolfgang Däubler sprach die Krisen der Herrschenden an (ausdrücklich nicht unsere). Innenpolitisch seien Freiheit und Demokratie unter Druck. Die Meinungsfreiheit werde eingeschränkt, wie er an zwei Punkten deutlich zu machen versuchte: Wenn man Israel kritisiere, gerate man mit der deutschen „Staatsräson“ in Konflikt. Ähnliches drohe, wenn man den Anschein erwecke, im Ukraine-Krieg die russische Position zu erklären. Als Beispiel nannte er die EU-Sanktionen gegen den Schweizer Staatsbürger Jaques Baud, der aktuell in Belgien auf „Hartz-IV-Niveau“ leben müsse und dem selbst die Rückkehr in seine Heimat verwehrt werde.

Außenpolitische Krisen der Herrschenden sah er in der gescheiterten Wahl Deutschlands in den UN-Sicherheitsrat sowie in der für sie neuen Situation, dass die USA offenbar keine Schutzmacht mehr seien.

Das dritte Thema sei die Wirtschaftskrise: Die Infrastruktur sei kaputt (Bahn, Bildung), die Energiepreise seien seit dem Bruch mit Russland durch den Ukrainekrieg zu hoch. Der Standort Deutschland werde für Investoren zunehmend uninteressant. In dieser Lage, so Däubler, sehen sich die Herrschenden unter Druck, einen äußeren Feind zu erfinden.

Die zweite Runde dieses Themenblocks beschäftigte sich mit der Frage: „Wie lange lassen sich die Menschen das noch gefallen?“ Dies sei nicht so einfach, so Sidar Carman. Die Menschen sehen ihre Probleme in den Betrieben, aber nicht unbedingt den Zusammenhang von Aufrüstung, Einsparungen und Sozialabbau. Deshalb müssen die Aktiven in Gewerkschaften und Friedensbewegung lernen, von den Bedürfnissen und dem Alltag der Beschäftigten ausgehen, um die notwendige Solidarität herzustellen. Sinan Öztürk verstärkte dies damit, dass diese Fragen in die Betriebe hineingetragen werden müssen. Diese Positionen trafen allgemein auf Zustimmung in den Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum.

Militarisierung von Schule und Hochschule

Im „Jugendpodium“ ging in einem einleitenden Beitrag Nicole Gohlke, die Bundestagsabgeordnete der Linken, auf die zentrale Bedeutung von Bildungspolitik ein. Hierzu gehören die Auftritte von Bundeswehroffizieren („Informationsveranstaltungen“) in Schulen und auf Ausbildungsmessen. Bisherige rechtliche und moralische Mindestanforderungen werden nunmehr unterlaufen, z. B. die Aufhebung von Zivilklauseln an Hochschulen, das Verbot, Minderjährige in die Armee einzuberufen (indem man sie schon mal mustert) und vieles mehr. All das bereite übrigens auch der AfD den Boden. „Wir müssen“, so die Rednerin, „um Wissenschaft und Bildung als Räume der Demokratie und gesellschaftlichen Resilienz kämpfen“.

Die Jugend scheint aktuell im Mittelpunkt der Friedensbewegung zu stehen. Wie haben, so eine einleitende Frage, die Schüler:innen es geschafft, so viele Zehntausende gegen die drohende Wehrpflicht auf die Straße zu bringen. Die Jugendbewegung sei stärker geworden in den letzten Jahren, und die Kriegssituation in Palästina habe dazu beigetragen. Man habe, so Alia Horstmann vom Schulstreikkomitee Hamburg, „keinen Bock“ auf Krieg und lehne Wehrpflicht als Eingriff in die individuelle Selbstbestimmung ab. So weit ist das nichts Neues. Zwei Drittel der jungen Generation seien in diesem Sinne gegen die Wehrpflicht, was noch nicht heiße, gegen Aufrüstung und Wehrhaftigkeit des Staates zu sein. Aber so komme man mit den Jugendlichen ins Gespräch und könne die Gedanken in Richtung der gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge weiterführen. Man könne vermitteln, dass Aufrüstung die Kriegsgefahr steigern. „Wir wollen lernen und uns für unsere Interessen einsetzen“, so ihr Schlusswort.

Die nächste Rednerin, Annabell Franz, Jugendsekretärin der IG Metall Würzburg, argumentierte in die gleiche Richtung, wobei sie sich auf die Lage in Betrieben und der Ausbildung bezog. Die Einstellung der Jugendlichen dort zu ihren Lebensperspektiven ist ja ähnlich. Zu den verbreiteten wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen (Steigung der Lebenshaltungskosten, Unsicherheit der

Übernahme nach der Ausbildung etc.) kommt eben jetzt die Frage der Wehrpflicht, also der Einschränkung an eigenständiger Lebensplanung hinzu. Sie musste freilich auch einräumen, dass es junge Menschen gibt, für die das eine Option ist. Das ist nicht verwunderlich, das gab es zu allen Zeiten. Davor kann man nicht die Augen verschließen angesichts schwieriger Perspektiven im Zivilleben, aber vergleichsweise günstiger Bedingungen für Ausbildung, Studium und Bezahlung (2600 Euro wurden genannt) in der Bundeswehr, wie es derzeit gilt. Auch darüber muss gesprochen werden, um keine Illusionen zu haben. Dies ist eine soziale Frage. Die IG Metall tritt natürlich für betriebliche Ausbildung ein. Gewerkschafter:innen müssen mit den Schulstreiks solidarisch auf die Straße gehen.

Delia Schenk, Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung an der Charité Berlin, beschrieb die Situation mit der geplanten Vorbereitung des Gesundheitswesens auf Kriegssituationen (Bereitstellung von Kapazitäten, Planung und Einübung von Abläufen etc.). Dies war sehr anschaulich, und es lohnt sich, das im Livestream der Konferenz anzusehen. Im Rahmen dieses Artikels haben wir für diese Einzelheiten nicht den Raum. „Was sagen die Kolleg:innen dazu?“ Es gibt Widerstandsaktionen, in denen z. B. Bundeswehroffiziere eingeladen werden. Im Tariffreicht ist das noch nicht verankert. Der Entlastungstarifvertrag an der Charité wurde vom Charité-Vorstand gekündigt und wird derzeit neu verhandelt. Aber es gibt auch hier diejenigen, die das Ganze für „Katastrophenschutz“ halten und es so hinnehmen.

Nich Papak Amoozegar saß für die Palästina-Solidarität auf dem Podium. Er bot eine gründliche Analyse der politischen Situation zur Haltung der medialen Öffentlichkeit zum Gaza-Krieg. Er bezeichnete diese als „moralischen Bankrott und Doppelmoral des Wertewestens“. Die Bedeutung von Gegenöffentlichkeit (darunter die

„sozialen Medien“) ist daher zentral. Deutschland sei nun wieder Teil eines Genozids. Die Palästina-Solidarität hält den Herrschenden den Spiegel vor. Dies erklärt die Repression gegen die Szene, und damit droht insgesamt ein reaktionärer Umbau von Staat und Gesellschaft.

Rüstungskonversion als Antwort auf Arbeitsplatzabbau

Der Samstag begann mit „*Stimmen des Friedens aus Russland und der Ukraine*“. Igor (Ukraine) und Pawel (Russland), angekündigt als Vertreter der postsowjetischen Linken, trugen ihre Sichtweisen und Erfahrungen vor. Sie waren sich dabei einig, dass der Krieg in der Ukraine aus den Interessen der herrschenden Klassen aller beteiligten

bedeutenden Betriebs in der Automobilzulieferindustrie (Brose, Standort Würzburg), der auch, zumindest teilweise, in Rüstungsproduktion involviert ist. Doch die Leute brauchen das Geld oder anderweitige realistisch erscheinende Perspektiven.

Cem Ince, ein aus der Metallindustrie in Salzgitter herkommender heutiger Bundestagsabgeordneter der Partei Die Linke, sprach daran anschließend davon, dass wir an einem Scheideweg stehen: „*Wir kämpfen für eine friedliche und soziale Welt.*“ Die Themen würden auch im Betrieb diskutiert, denn die Betriebe seien ein Spiegelbild der Gesellschaft. Die Gefahr bestehe immer, dass die Kolleg:innen oft zwischen der „*Militarisierung der Arbeit*“, also Rüstungsaufträgen im Betrieb, und der Notwendigkeit, Lohnarbeit zu ver-

richten, ihren Weg gehen müssen. Ursache sei eine Industriepolitik, die immer mehr auf Rüstung setze. Rüstungsindustrie produziere aber nicht nachhaltig im Sinne von volkswirtschaftlicher Wertsteigerung, sondern Kriegsgüter auf Halde, das im schlimmsten Fall zur Zerstörung und Vernichtung von Menschenleben und Lebensgrundlagen

eingesetzt wird. Das wollen die Beschäftigten zwar nicht, aber es fehlt ihnen die Perspektive, politische Entscheidungen in die „*richtige Richtung*“, d. h. in „*vernünftige Industriepolitik*“ (so Cem Ince) zu lenken.

Der Ökonom Heinz Bierbaum bekam die Frage gestellt, ob Rüstungsindustrie die „*richtige Antwort*“ auf eine „*strauchelnde Wirtschaft*“ sei. Er sagte, dass er davon gar nichts halte. Schon quantitativ sei die Rüstungsindustrie dazu nicht in der Lage. Prinzipiell aber ist entscheidend, dass sie für den weiteren Wirtschaftsverlauf unproduktiv ist. Auch wenn einzelne Konzerne Gewinne machen, bringt sie insgesamt keinen gesellschaftlichen Mehrwert. Der Markt der Rüstungsindustrie ist der Krieg. Hiermit bezog er sich sowohl auf die Ausführungen von Cem Ince als auch auf den Begriff der „*systemischen Krise*“ von Ingar Solty vom Vortag. Abschließend wies



Foto: IG Metall Würzburg

Seiten entstand und ihre Völker die beiderseitigen Opfer sind. Der Krieg muss von unten beendet werden, und die Gewerkschaften müssen hier das Klasseninteresse erkennen und vertreten.

Ver.di-Gewerkschafterin Hedwig Krimmer überbrachte Grüße von den drei Straßenbahnfahrern in München, die sich geweigert haben, Bundeswehr-Reklame auf ihren Fahrzeugen mitzuführen. In den Gerichtsverfahren gegen sie werden sie von den bekannten Rechtsanwälten Gabriele Heinicke und Benedikt Hoopmann vertreten. Krimmer rief zur weiteren Solidarität per Unterschriften auf.

Der erste Themenblock des Tages – Rüstungskonversion mit besonderer Berücksichtigung der Krisenlage in der Autoindustrie – wurde eingeleitet durch die Schilderung des erfolgreichen Kampfes einer Belegschaft gegen die Schließung ihres für Würzburg

er darauf hin, dass hier die Gewerkschaften vor einem politischen Mandat stehen.

Anne Rieger, ehemalige erste Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen, heute Mitglied der KPÖ und in Österreich wohnhaft, begann mit der Feststellung, dass Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion historisch immer mal gelungen ist, natürlich aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt wegen eines verlorenen Krieges. Dies ist zwar insgesamt zu selten, aber man kann daran anknüpfen und sagen: Technisch und ökonomisch geht es. *„Es ist eine Frage der Machtverhältnisse und der Profite. Daran müssen wir arbeiten.“* Wichtige Konzepte in der Überzeugungsarbeit sind Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Weiterbildung.

Schlussworte

Den Abschluss der Konferenz bildeten Schlussworte zum Thema: *„Den Frieden sichern: Warum es dabei auf die Gewerkschaften ankommt“*. Den Auftakt machte Özlem Demirel, Europaabgeordnete der Partei Die Linke. Sie ging auf internationale Entwicklungen von der Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro bis zum USA/Israel-Iran-Krieg ebenso ein wie auf die gegenwärtig verschärften sozialen Angriffe (Achtstundentag, Gesundheitsreform, Rentensystem etc.) durch Aufrüstung. Dieser Prozess muss „von unten“, von Gewerkschaften und Friedensbewegung, gestoppt werden. Ein wichtiger Impuls dazu komme gegenwärtig von der gegen die Wehrpflicht protestierenden Jugend.

Rainer Braun vom International Peace Bureau und Ronja Fröhlich vom Bündnis „Nein zur Wehrpflicht!“ aus München betonten ebenfalls die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Friedensbewegung, weil die Arbeiterbewegung wegen ihrer Position in der kapitalistischen Produktionsweise die entscheidende Kraft des Kampfes gegen die Militarisierung der Gesellschaft und den Kapitalismus ist. Die Schülerstreiks gegen die Wehrpflicht („Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!“) am 25., die Sozialproteste der Gewerkschaften am 26. September müssen groß gemacht werden. Die Kämpfe gehören zusammen.

Die Situation in Gaza beschrieb Jules El-Kathib, Mitorganisator des Bündnisses „All eyes on Gaza“. Von Waffenstillstand in Gaza bis Libanon und Iran könne angesichts der Kriegsverbrechen keine Rede sein. Er sah aber auch z. B. Hafenarbeiter in Venedig, die Streiks gegen Waffenlieferungen an die israelische Armee organisierten. Das Bündnis wehrt sich gegen Antisemitismus-Vorwürfe im Namen der „Staatsräson“. Es ist dringend notwendig, dass sich die Stimmung in Deutschland ändert.

Mark Ellerman vom Münchener Bündnis „Soziales rauf, Rüstung runter“ bezeichnete als gegenwärtige Hauptfrage für die Arbeiterbewegung den Kampf gegen die Militarisierung in der Gesellschaft. Aus seiner Erfahrung kommen antimilitaristische Transparente, Flugblätter etc. bei den Kolleg:innen an, auch wenn die Reden von den Bühnen, etwa am Ersten Mai, anders klingen. Als GEW-Mitglied beschrieb er auch einige Beispiele, wie sich der Rüstungskurs auf die Bildungspolitik, konkret die Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Familien auswirkt.

Internationale Gäste im Schlusspodium waren diesmal Jeremy Corbyn (auch schon 2023 in Hanau), ehemaliger Vorsitzende der Labour Party, von deren linken Flügel kommend, Alex Gordon, ehemaliger Vorsitzender britischen Eisenbahnergewerkschaft, und Jérôme Legavre von La France Insoumise. Das war kein Zufall, sondern ein Ergebnis der Londoner Konferenz (s. o.). Auch von diesen Gästen kamen Appelle zur Verständigung und Zusammenarbeit auf der Ebene der internationalen Arbeiterbewegung, so unterschiedlich sie auch in den einzelnen Ländern aufgestellt ist. Auch das Wort von „Zimmerwald 2.0“ fiel erneut. Alex Gordon berichtete, dass es im vergangenen Jahr gelungen sei, einen Beschluss des TUC aus dem Jahr 2022 zu kippen, der eine Erhöhung der Militärausgaben gefordert hatte. In diesem Zusammenhang sprach er auch die Abhängigkeit Großbritanniens von den USA an.

Abschließend stellte Ulrike Eifler fest, dass die Bundesregierung entschlossen sei, *„das größte Verarmungsprogramm in der Geschichte dieser Republik aufzulegen“*. Daher sei es unsere Aufgabe, *„den größtmöglichen Protest*

dagegen zu organisieren“. Es gibt eine wachsende Protestbereitschaft, und diese muss organisiert werden. Dieser Sozialstaat gehört den Menschen im Land, und wir haben keine Veranlassung, dankbar zu sein, sondern er ist durchgesetzt worden, nämlich *„gegen die Regierungen der letzten Jahrzehnte, gegen die Arbeitgeber und häufig auch gegen eine mediale Übermacht“*. Der drohende Sozialabbau sei nicht zufällig, sondern die Bundesregierung organisiere ihn, weil sie Kriegsvorbereitung wolle.

Dazu gehört auch, dass die Bundesregierung alles versucht, um die Gewerkschaften in dieses Vorhaben einzubinden. Die Arbeitswelt wird militarisiert. *„Wir erleben, dass sich Automobilarbeiter plötzlich in der Rüstungsindustrie wiederfinden. Hafenarbeiter müssen Rüstungsgüter verladen.“* Lehrer und Pflegekräfte werden eingebunden. Sachbearbeiter der Arbeitsagenturen werden angewiesen, Arbeitslose in die Bundeswehr oder sie unterstützende Zivilbereiche zu vermitteln. Diese Militarisierung der Arbeitswelt kann aber dazu führen, dass die Menschen genau das nicht wollen und in Widerspruch geraten. Daran können und müssen wir ansetzen. Die Arbeitswelt wird zum Kampffeld der Kriegsvorbereitung, und die Arbeitgeber intervenieren, um friedenspolitische Positionen abzustrafen (wie u. a. das Beispiel der Münchener Straßenbahnfahrer zeigt). Diese individuellen mutigen Reflexe brauchen aber vor allem den kollektiven Schutz, den Gewerkschaften aufgrund ihrer Organisationsmacht bieten können. Das gehört zusammen mit dem Streikrecht, dem Rechtsschutz in der Arbeitswelt, mit der Existenz der Gewerkschaften überhaupt. *„Wir müssen die Kriegsvorbereitungen unserer Regierung stoppen. Niemand außer uns kann das tun. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“*

1.8.2026

Diese Zusammenfassungen der Schlussworte sind freilich in jedem Fall nur ein kurzer Ausschnitt. Wer sich alles anhören will, findet die beiden Tage der Konferenz unter den folgenden Links:

- <https://www.youtube.com/watch?v=edyVBpOV0Ko>
- <https://www.youtube.com/watch?v=sQ3uaV1ZcLE>

Kolumbien

Wieder ist ein Dominostein gefallen und wieder nach rechts

Was ist eigentlich in Lateinamerika los? War da nicht einmal sehr viel Hoffnung und Aufbruchstimmung? Das Jahrhundert hatte noch gut begonnen. Aber inzwischen geht eine Präsidentenwahl nach der anderen für das fortschrittliche Lager verloren. Mitte-Links-Regierungen werden von Rechtsregierungen abgelöst. Kandidaten aus dem ultrarechten Lager gewinnen Präsidentschaftswahlen. Ein Land nach dem anderen fällt Rattenfängern wie Milei in Argentinien, Kast in Chile, Noboa in Ecuador und Bukele in El Salvador anheim. Zuletzt auch Kolumbien. Venezuela bildet eine Ausnahme. In diesem Fall intervenierte das US-Militär und entführte in einem Akt der Piraterie, jegliches Völkerrecht negierend, den amtierenden Präsidenten Nicolas Maduro und seine Ehefrau.

2026 – Jahr der Weichenstellungen

Am 8. März waren 41 Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer aufgerufen, die Abgeordneten für die beiden Kammern, Senat und Repräsentantenhaus, zu wählen. Weniger als die Hälfte beteiligte sich an der Wahl. Die Ergebnisse zeigten ein stark fragmentiertes Bild. Im Senat sind seither zehn Parteien bzw. Gruppierungen vertreten. Von den 108 Senatoren sind 103 gewählt. Dazu kommen zwei indigene Sitze und – als Besonderheit – ein Oppositionssitz nach Gesetz. Zwar ist das bisher regierende linke Bündnis *Pacto Histórico* mit 25 Abgeordneten stärkste Partei, doch die Mehrheit der Parteien verortet sich von liberal bis ultrarechts. Schon in der vorherigen Periode hatte Präsident Petro keine eigene Mehrheit und musste sich für jedes Gesetzesvorhaben eine Mehrheit unter den Abgeordneten zusammensuchen. Auch im Repräsentantenhaus konnte der *Pacto Histórico* die Position als stärkste Partei (42 von 189 Sitzen) verteidigen. Doch auch in der zweiten Kammer ist die Zersplitterung stark

ausgeprägt. Eine Veränderung sollte nicht unerwähnt bleiben: Im Unterschied zu den letzten beiden Legislaturperioden ist die Partei der ehemaligen FARC-Guerilla, *Comunes*, nicht mehr in den Parlamenten vertreten. Beim Friedensschluss 2016 waren der FARC für zwei Perioden (2018–2022 und 2022–2026) jeweils fünf Sitze garantiert worden. Der Partei *Comunes* gelang es in den zehn Jahren nicht, sich parlamentswirksam zu verankern. Eine tragische Geschichte, da gleichzeitig eine nicht unerhebliche Zahl von ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfern Todesschwadronen zum Opfer fiel. In einzelnen Fällen dürften auch staatliche Organe beteiligt gewesen sein.

Die Präsidentenwahlen

Da in Kolumbien der amtierende Präsident nach seiner Amtszeit nicht wieder antreten darf, fiel dem populären linken Senator Iván Cepeda Castro die Kandidatur für den *Pacto Histórico* zu. Für das Mitte-Rechts-Lager traten bei den Vorwahlen zwei Kandidaten an: die Senatorin Paloma Valencia für den *Centro Democrático* und der Jurist und Geschäftsmann Abelardo de la Espriella, der die Unterstützung von US-Präsident Trump vorweisen konnte. Beim ersten Wahlgang erreichte keiner von 13 Kandidaten die erforderliche Mehrheit. De la Espriella lag mit 45,7 Prozent an der Spitze, ihm folgten Iván Cepeda mit 40,9 Prozent und Paloma Valencia mit 6,9 Prozent. Somit war klar, wer im rechten Spektrum die Führungsrolle beanspruchen konnte. Die Stichwahl am 21. Juni entschied De la Espriella mit 49,66 Prozent gegen Cepeda mit 48,69 Prozent äußerst knapp für sich. Gustavo Petro bestritt allerdings den Wahlsieg und erklärte: „Abelardos Sieg wurde mit Algorithmen aus Kalifornien erreicht, und die Algorithmen wurden von privaten Geheimdienstfirmen aus Israel erstellt.“ Abwegig ist der Vorwurf nicht. Wahlbetrug ist in Kolumbien wie in vielen anderen



lateinamerikanischen Staaten keine neue Erscheinung. Wie in den abgelegenen Gebieten des Landes von den dort bestimmenden Kräften die Wahl beeinflusst wurde, kann man sich gut vorstellen. Während des Wahlkampfs hatten Attentate und Morde zugenommen. Umwelt- und Sozialorganisationen waren vermehrt Ziele von Paramilitärs. Während der Entstehung dieses Artikels rückte eine Figur ins Zentrum: der argentinische Journalist und Marketingfachmann Fernando Cerimedo, der in Bolivien u. a. wegen des Verdachts im Gefängnis sitzt, Killer gegen seine ehemalige Geliebte angeheuert zu haben. Fast täglich werden neue Details von Cerimedos Treiben bekannt. Seit 2018 soll er bei Wahlkämpfen seine Finger im Spiel gehabt haben – immer für ultrarechte Kandidaten: für Jair Bolsonaro in Brasilien, Javier Milei in Argentinien, Rodrigo Paz in Bolivien, José Antonio Kast in Chile und Narry Asfura in Honduras. Immer dann, wenn Cerimedo auftauchte, waren die Kandidaten erfolgreich. Es wäre schon merkwürdig, wenn er bei der wichtigen Wahl in Kolumbien keine wichtige Rolle gespielt hätte.

Lösungsansätze unter der Präsidentschaft von Gustavo Petro

Kolumbien ist eine ausgeprägte Klassengesellschaft. 11,7 Prozent der Bevölkerung leben in extremer Ar-

mut, 31,8 Prozent unterhalb der Armutsgrenze. Wobei es regional große Unterschiede gibt. Im Nordwesten, im Chocó, lag die Armutsquote 2024 bei 67,4 Prozent. Besonders betroffen sind die 4,7 Millionen Afro-Kolumbianer, zumeist Nachfahren ehemaliger Sklaven, und die mehr als 115 indigenen Völker, die seit jeher Latifundistas und Konzernen weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Für letztere gibt es zwar Minderheitenrechte, doch stehen sie zumeist nur auf dem Papier. Vor diesem Hintergrund war die Armutsbekämpfung ein Schwerpunkt der Regierung. Die Ausweitung von Transferprogrammen kam vor allem alleinerziehenden Frauen und älteren Menschen ohne Rentenanspruch zugute. Für die Arbeiter im informellen Sektor, der immerhin die Hälfte der Beschäftigten ausmacht, wurde der Mindestlohn jährlich erhöht. In einkommensschwachen Regionen wurden Preiserhöhungen für Strom und Gas gedeckelt. Besonders profitieren sollte die ärmere Bevölkerung von Verbesserungen im Gesundheitswesen. Man senkte die Kosten für Basismedikamente und reduzierte die Abhängigkeit von privaten Versicherungsunternehmen. Ein weiterer Schwerpunkt war der Ausbau von *Centros de Atención Primaria* (Primärversorgungszentren). Die komplizierten Kräfteverhältnisse in den Parlamenten führten oftmals zu Kompromissen bei den Sozialgesetzen, sodass nicht die Ergebnisse erreicht wurden, die sich die Regierung vorgenommen hatte. Ähnlich war es im Bildungsbereich. Hier wurden z. B. für einkommensschwache Studierende kostenfreie Studienplätze in größerer Zahl zur Verfügung gestellt. Einen Schwerpunkt setzte das Regierungsprogramm auf die Landreform. Die Vergabe von Landtiteln an Kleinbauern und Pächter wurde beschleunigt. In Kolumbien besitzt das reichste 1 Prozent der Eigentümer etwa 50 Prozent der ländlichen Fläche, die reichsten 5 Prozent besitzen 73 Prozent. Nach Regierungsangaben ließ Präsident Petro bis zu 700 000 Hektar Land an Bauernfamilien verteilen. Zählt man Land für ethnische Gemeinschaften und für Rückgabeprogramme dazu, wird eine Zahl von 2,5 Millionen Hektar genannt – eine Fläche von etwa 35 Prozent der Fläche Bayerns oder 4,5 Millionen Fußballfeldern. Auch wenn die Erwartungen an die linke (sozial-

demokratische) Regierung nur ansatzweise eingelöst wurden, konnte der linke Kandidat Iván Cepeda darauf aufbauen. Auf diesem Feld konnten die Mitte- Rechts-Parteien nicht punkten. Deshalb setzten sie den Schwerpunkt auf das Sicherheitsthema – ein Erfolgsrezept der Rechten in vielen Ländern. Da es der Regierung nicht gelungen war, den allumfassenden Frieden (*paz total*) zu bringen, eröffnete sich hier ein Feld, das von den Rechten besetzt werden konnte. Vor allem die zögerliche und inkonsequente Umsetzung der Vereinbarungen mit der FARC durch die Vorgängerregierung hatte zu einer Zersplitterung der bewaffneten Gruppen geführt, sodass letztendlich mehr bewaffnete Gruppen im Land unterwegs waren. Diesem Problem konnte Petro nicht beikommen. Das Versprechen, für ein friedlicheres Kolumbien zu sorgen, wurde nicht eingelöst.



Ein Trump-Fan wird neuer Präsident

Abelardo de la Espriella, Kolumbianer mit US-Staatsbürgerschaft und ein fanatischer Bewunderer von Donald Trump, lebte viele Jahre in Florida und war dort als „Mafia-Anwalt“ tätig. In dieser Funktion verschaffte er sich ein solides finanzielles Polster. Zusätzlich machte er Werbung für eine Botox-Klinik. Seine Kunden, darunter hochkarätige Anführer der kolumbianischen Drogenkartelle und Paramilitärs, schätzten seine Verbindungen. Er war und ist möglicherweise noch Teil dieser Netzwerke. Von daher muss es nicht verwundern, wenn er nach seiner Wahl zum Präsidenten sofort den Austritt Kolumbiens aus internationalen Menschenrechtsorganisationen ankündigte. Als Vertrauensmann der US-Regierung forciert er ein Projekt, das als Zweigstelle in Medellín, einer Hochburg der Rechten, angesiedelt werden soll. Es nennt sich *Escudo de las Américas* (A3C) und ist ein militärisch-politisches Bündnis, dem inzwischen über ein Dutzend Staaten des amerikanischen Kontinents beigetreten

sind. Gegründet wurde es im März 2026 von Donald Trump mit dem Ziel, den US-Hinterhof wieder voll in den Griff zu bekommen. Mit Sorge wird von Trumps Umfeld der wirtschaftliche Einfluss Chinas in vielen Staaten Lateinamerikas beobachtet. Von den Ultras in den Präsidentenämtern wird erwartet, US-Konzerne zu bevorzugen. Offiziell geht es natürlich um hehre Ziele wie den Kampf gegen „Narcoterrorismus“. Tatsächlich ist es ein Instrument, das die Unterordnung möglichst vieler lateinamerikanischer Staaten unter die Interessen der USA gewährleisten soll. Lateinamerika würde – wenn das gelingt – wieder zum Hinterhof wie zu Zeiten der Monroe-Doktrin, mit der seit Beginn der 1820er Jahre die Vormachtstellung der USA für den gesamten Kontinent eingefordert wurde. Heute ist es vor allem China als aufstrebende Wirtschaftsmacht, die in Lateinamerika immer stärker wird. Dem soll ein Riegel vorgeschoben werden. Der Hauptsitz des A3C (auch „Schild Amerikas“ genannt) ist in Florida beim *United States Southern Command* (USSOUTHCOM). Kolumbien spielte schon lange eine wichtige Rolle in der Strategie des US-Militärs. Stützpunkte sind über das Land verteilt. Selbst unter der linken Regierung Petro ließ man die US-Militärstützpunkte unangetastet. Petro bemühte sich auch, den Zorn des US-Hegemons zu besänftigen, wenn ein Konflikt zu eskalieren drohte. Mit Abelardo de la Espriella kann die US-Regierung ihren Einfluss voll geltend machen. Er wird zur Freude von Außenminister Marco Rubio die Militarisierung in enger Absprache vorantreiben.

Kolumbien als Global Partner der NATO

Kolumbien ist das erste und bisher einzige Land Lateinamerikas, das seit 2017 ein Global Partner der NATO ist. Geografisch bedingt ist eine volle NATO-Mitgliedschaft nicht möglich. Insgesamt gibt es 40 Staaten, die diese privilegierte Beziehung zur NATO haben. Kolumbien ist für ein Militärbündnis wie die NATO aus mehreren Gründen interessant. Zwar war das Militär nur einmal – im Koreakrieg 1951-1954 – mit Bodentruppen außerhalb des Landes beteiligt, konnte jedoch seit 1973 bei mehreren

UN-mandatierten Missionen Erfahrungen sammeln. Positiv vermerkt wird in einschlägigen Publikationen die Professionalität kolumbianischer Spezialeinheiten beim Aufspüren und Eliminieren von Führungspersonen bewaffneter Gruppen, speziell der FARC. Die schweren Menschenrechtsverletzungen des Militärs wurden geflissentlich übersehen. Auch die Tolerierung und teilweise aktive Unterstützung von Paramilitärs beeinträchtigte die Zusammenarbeit nicht. Die Konflikte der US-Regierung mit anderen NATO-Staaten und der Aufbau neuer Strukturen dürften die Bedeutung der NATO-Einbindung perspektivisch mindern. Unabhängig davon gibt es traditionell enge Verbindungen zwischen kolumbianischen und deutschen Militärs. So kam Stefan Reith von der Konrad-Adenauer-Stiftung 2024 zu dem Ergebnis: *„Aufgrund der traditionell engen Beziehungen und jahrzehntelanger enger Zusammenarbeit bei Ausbildung, Personalaustausch und Rüstungsprojekten zwischen der deutschen und kolumbianischen Marine könnte Deutschland beim Ausbau der Partnerschaft eine Schlüsselrolle einnehmen.“*

Die Nationale Befreiungsbewegung (ELN)

Die ELN (*Ejército de Liberación Nacional*) hat sich frühzeitig auf die Regierungsübernahme durch Abelardo de la Espriella vorbereitet. Die beiden Wahlgänge hat sie noch jeweils mit einer einseitigen Waffenruhe begleitet, um zum wiederholten Mal ihre Bereitschaft zu einer friedlichen Konfliktlösung zu zeigen. Die Regionalkommandeure wurden gleichzeitig angewiesen, Vorkehrungen im Falle eines Wahlsieges der Rechtskräfte zu treffen. Eine Intensivierung der Kämpfe wurde für diesen Fall erwartet. Die

ELN kann auf 62 Jahre Kampferfahrung zurückblicken. Da gab es Zeiten mit Erfolgen, mit Verhandlungen und mit Rückschlägen. Sie ist inzwischen die älteste Guerillabewegung Lateinamerikas mit etwa 5000 Männern und Frauen unter Waffen. Genaue Zahlen zur militärischen Stärke werden aus nachvollziehbaren Gründen nicht bekanntgegeben. In einigen Gegenden des Landes verfügt sie über staatsähnliche Strukturen, die sie militärisch absichert. In diesen Gebieten treibt sie auch Steuern ein und erpresst Gelder von Großgrundbesitzern und Konzernen – anders ließe sich der Unterhalt kaum bestreiten. Vor 2016, als die damals bedeutend stärkere FARC ein Friedensabkommen mit dem Staat schloss, war die ELN immer schwächer als die FARC. Raul Zelik, einer der wenigen deutschen Journalisten mit fundierten Kenntnissen der ELN, ordnet sie wie folgt ein: *„Tatsächlich unterscheidet sich die Geschichte des ELN erheblich von der anderer Guerillagruppen. Politisch repräsentierte die Organisation immer eine eigenwillige Mischung aus ‚kubanischem‘ Marxismus, christlicher Befreiungstheologie und der antiautoritären Tradition der kolumbianischen Kleinbauernbewegungen.“* Und er zitiert den langjährigen, inzwischen aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Chefkommandanten Nicolás Rodríguez Bautista, der mit 14 Jahren der Guerilla beigetreten war: *„Ein wichtiger Teil unserer Mitgliedschaft ist unbewaffnet und in Basisbewegungen aktiv.“* Nimmt man die Ankündigungen des neuen Präsidenten ernst, will er mit den bewaffneten Gruppen keine Verhandlungslösungen. Zumindest für die nächsten vier Jahre scheint dieser Lösungsweg blockiert zu sein. Ob er damit bei der ELN erfolgreich sein kann, ist zu bezweifeln. Sie ist in acht Fronten über weite Teile des Landes präsent. Die einzelnen Fronten besitzen eine beträchtliche Autonomie in ihren Entscheidungen. Das macht sie beweglicher, kann allerdings zu Konflikten mit der Gesamtorganisation führen. So geschehen im Departamento Nariño an der Grenze zu Ecuador: Dort hatte die örtliche Untergliederung *Comuneros del Sur* Verhandlungen mit der Regierung Petro ohne Genehmigung aufgenommen. Die Verhandlungen sollen schon sehr weit gediehen sein, allerdings stellt sich die Frage, ob die neue Regierung den unter Petro auf-

gebauten Prozess fortsetzt. Schließlich handelt es sich um keine abgeschlossene Demobilisierung, da die Waffen noch nicht abgegeben sind. Inzwischen steht fest, sie tut es definitiv nicht. Am 26. August unterzeichnete der Präsident ein Abkommen zur Auslieferung mehrerer Anführer von bewaffneten Gruppen an US-Behörden. Darunter ist einer der *Comuneros*, der allerdings noch nicht gefasst werden konnte. Somit ist der Friedensprozess mit dieser Gruppe beendet. Ein weiterer Vorteil der ELN besteht in ihrer binationalen Präsenz. Im Grenzgebiet zu Venezuela hat sie Strukturen auf beiden Seiten der Grenze aufgebaut. Sie kann den Angriffen der kolumbianischen Armee ausweichen, indem sie sich auf die venezolanische Seite zurückzieht. Diese Strukturen muss sie allerdings gegen Drogenbanden, Paramilitärs und gegen die Rest-FARC verteidigen. 2025 kam es dabei im Grenzgebiet Catatumbo zu Auseinandersetzungen mit vielen Toten und Verletzten. Wenn es primäres Ziel der neuen Regierung ist, die linken bzw. marxistischen Kräfte „auszurotten“, ist auch in Zukunft eine enge Abstimmung der staatlichen Repressionskräfte mit den Strukturen des Paramilitarismus zu erwarten.

Vier harte Jahre

Für die fortschrittlichen Kräfte werden es vier harte Jahre. De la Espriella will die Friedensverhandlungen, die unter Gustavo Petro – wenn auch mit magerem Erfolg – begonnen wurden, nicht mehr weiterführen. Der Präsident, der sich den Beinamen „el tigre“ gegeben hat, sieht es so: *„Diese Plage muss ausgerottet werden.“* Und auf De la Espriellas Plattform *Defensores de la Patria* (Verteidiger des Vaterlandes) war zu lesen, man werde nicht ruhen, bis sie *„jeden ausgerottet haben, der marxistisch denkt und für ideologischen Unsinn eintritt“*. Die Linken und andere fortschrittliche Menschen in Kolumbien wissen, wie ernst man solche Androhungen zu nehmen hat. Die Ermordung von etwa 5000 Mitgliedern der linken Partei *Unión Patriótica* ist nicht vergessen.

**Nicolás Rodríguez Bautista/Antonio García, Predigt und Patronen. Eine Geschichte der ELN Guerilla in Kolumbien, Wien 2019*

hd, Stand: 1.9.2026



Linke Mythen

Ein Text in der Tageszeitung „junge Welt“ versucht die Niederlage der fortschrittlichen Kräfte in Chile zu erklären

In Märchen wird die Gesellschaft vereinfacht dargestellt. Auf der einen Seite der König, auf der anderen Seite das Volk. Angereichert wird diese Szenerie je nach Bedarf mit weiteren Akteuren. Das, was es in der Geschichte der Menschheit neben einem König immer gab, den Adel und religiöse Würdenträger, kommt meist nicht vor. So ähnlich ist es auch in diesem Text der *jungen Welt*, wo das gute chilenische Volk einer Welt von Feinden gegenübersteht.

Gut, das ist polemisch. Es bringt aber die emotionale Reaktion des Autors dieser Zeilen nach dem Lesen des Textes *„Nach dem Aufstand“*¹ auf den Punkt. Auf der Themenseite vom 29. Juni 2026 versucht Robert Kohl Parra eine Antwort auf die Frage zu geben: *„Wie konnte eine der größten sozialen Erhebungen Lateinamerikas der letzten Jahrzehnte in eine neue rechte Regierung münden?“*

Kohl Parra ist erst seit kurzem regelmäßiger Autor der *jungen Welt*. Laut der Personenbeschreibung handelt es sich bei ihm um einen Historiker, Hispanist und freien Journalisten. Das ist langweilig im Vergleich mit dem, was eine Google-Suche ergibt. Danach veröffentlicht der deutsch-chilenische Journalist auch auf dem Internetportal *amerika21*. Dort findet man diese Informationen: *„Zwischen 2018 und 2025 war er für verschiedene Abgeordnete im Deutschen Bundestag tätig. ... Er ist Enkel des Folkloristen und Dramatikers Roberto Parra Sandoval und damit auch Großneffe der Sängerin, Komponistin und Folkloristin Violeta Parra und des ‚Anti‘ poeten Nicanor Parra aus der chilenischen [Künstler- (EB)] Familie Parra“*² Ergänzt wird das durch den Hinweis, dass er unter anderem an der Universität von Concepción studierte.

In den Weiten des Internets wird auch seine Wahl zum Landesvorsitzenden des JSW in Hessen bekannt gegeben. Das JSW ist die Jugendorganisation des BSW.³ Er hat sich also bei der Spaltung der Linkspartei für die Seite von Sahra Wagenknecht entschieden. Das überrascht, hätte man

ihn auf Basis des Textes eher bei irgendeiner Bewegungslinken gesehen.

Mit diesem Hintergrund, in Deutschland aufgewachsen, familiär mit Chile verbunden und als Historiker wissenschaftlich ausgebildet, bringt er eigentlich alle Voraussetzungen mit, die neueste Geschichte Chiles zu analysieren und brauchbare Schlüsse daraus zu ziehen. Doch weit gefehlt. Von einer tatsächlichen Analyse kann man bei dieser Arbeit nicht sprechen. Er referiert die subjektiven Eindrücke der linken Aktivisten auf der Straße. Doch weder erklärt er, warum sie das so gesehen haben, noch führt er Argumente an, die ihrer Sicht widersprechen. Damit macht er sich diese Aussagen zu eigen. Das soll an einigen Beispielen gezeigt werden.

Das Gefühl im linken Teil der Gesellschaft gibt er treffend wieder: *„Die Stimmung im Land fühlte sich an, als sei eine Revolution ausgebrochen. Überall war zu spüren, dass sich endlich etwas änderte, alles schien möglich.“* Dieser Eindruck konnte entstehen, da auch klassische Wähler der Rechten begannen, sich den Demonstrationen anzuschließen. Das schlägt sich auch in den Umfragen des Instituts Cadem nieder. In der *Plaza Publica* Nr. 303 aus der letzten Oktoberwoche 2019 wird dem rechten Präsidenten Piñera für Februar noch ein Gleichstand zwischen Zustimmung und Ablehnung von je 44 % bescheinigt. Das änderte sich bis September auf nur noch 33 % Zustimmung und 53 % Ablehnung. Im Oktober folgte ein abrupter Einbruch der Zustimmung auf 14 % und eine in die Höhe schießende Ablehnung von 58 % auf 78 %. Auch bei den Wählern des rechten Präsidenten sind die Zustimmungsraten kurz vor der sozialen Explosion von um die 60 % auf 30 % abgestürzt.

Die darauf folgende Umfrage *Plaza Publica* Nr. 304 beinhaltete weiter Erfreuliches, auch wenn der Wunsch

nach einer neuen Verfassung schon von 87 % auf 78 % zurückgegangen war. Aus heutiger Sicht fragt man sich, wie diese Zahlen wohl zustande gekommen sind. Kannten die Meinungsforschungsinstitute auf Basis ihrer Erhebungen die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft? So wie sie sich später im ersten Plebiszit darstellen sollten? Hat man mit der Zahl von 78 % die Linke in Sicherheit gewiegt, damit sie ihre sektiererischen Neigungen auslebt? Wer die Mehrheit auf seiner Seite wähnt, braucht sich um die Minderheit nicht mehr zu kümmern.

Das Verhalten der Streitkräfte

Das, was als der mögliche Beginn einer Revolution dargestellt wird, war das Ergebnis von Entscheidungen der Militärführung. Doch laut Kohl Parra war es umgekehrt: *„Polizei und später sogar das entsandte Militär versuchten, durch Brutalität Herr der Lage zu werden, während eine verhängte Ausgangssperre nach wenigen Tagen wieder zurückgenommen werden musste, weil die Demonstrationen unvermindert anhielten.“*

Ja, die Ausgangssperre wurde zurückgenommen. Das geschah aber nicht als Folge der Stärke der Massenbewegung. Auch Kohl Parra sollte von der Pressekonferenz des Generals Iturriaga gehört haben, wo er sich von seinem Vorgesetzten abgrenzte. Während sich der rechte Präsident im Krieg wähnte, verkündete Iturriaga: *„Die Wahrheit ist, ich befinde mich nicht im Krieg, gegen Niemanden.“*⁴ Die Konzernmedien haben das sofort als Befehlsverweigerung wahrgenommen. Der General widersprach dieser Interpretation, doch de facto haben die Streitkräfte es so gehandhabt. Wie angeordnet sind sie auf den Straßen erschienen, aber ohne Schießbefehl.

Mit der Unterschlagung dieses wichtigen Umstandes wird suggeriert,

1– <https://www.jungewelt.de/artikel/524325.chile-nach-dem-aufstand.html?sstr=chile>

2– <https://amerika21.de/autor/robert-kohl-parra>

3– <https://he.bsw-vg.de/pressemitteilung-des-jsw-hessen/>

4– <https://www.youtube.com/watch?v=k3HMAX9bvd0>

dass sich die Massenbewegung gegen den staatlichen Repressionsapparat durchgesetzt hat. Ein Mythos! Hätte die Armee so agiert wie zu Zeiten des Putsches, wäre die schöne Revolte mit dem ersten Schuss beendet gewesen. So, wie das Eingreifen der Militärs vor über 50 Jahren der damaligen linken Bewegung ein Ende setzte. In diesem Fall würden heute andere Themen diskutiert werden als die Frage, ob „die verhasste politische Kaste ... einen Pakt gegen den Volksaufstand [schloss]“.

Der politische Ausweg

Die „Vereinbarung für den Frieden und die neue Verfassung“ ist ein Erfolg der Massenbewegung, den sie aber nur durch das passive Verhalten der Militärführung erzielen konnte. Die Rechte wurde durch die Befehlsverweigerung der Armee zur Suche nach einem politischen Ausweg genötigt. Mit wem hätte sie ihn vereinbaren können, wenn nicht mit den Oppositionsparteien? Wie Kohl Parra selber schreibt, gab es niemanden, der die Bewegung „kanalisieren, artikulieren und organisieren“ konnte. Er stellt nicht die Frage, warum das so war.

Führung setzt voraus, dass man weiß, was man will und eine Idee davon hat, wie man das erreichen kann. Die Bewegung setzte sich aus sehr unterschiedlichen Menschen zusammen. Auf welcher Basis kann ein konservativer Staatsangestellter, der immer rechts gewählt hat und zum ersten Mal gegen „seine“ Regierung demonstriert, mit einer etwas aggressiveren Feministinnengruppe wie Las Tesis⁵ in einem Bündnis vereint werden? Darauf hatte in der Bewegung niemand eine Antwort. Schlimmer noch, diese Frage hat sich niemand gestellt. Man war der Meinung, dass man die Mehrheit repräsentiert.

Bei dieser Wahrnehmung der Realität ist es kein Wunder, dass man die Vereinbarung zwischen Regierung und Opposition als „infamen Pakt“ betrachtet hat. Doch wurde mit ihr das maximal Mögliche herausgeholt. Die Einigung abzulehnen, nur weil sich darin elektorale Hürden befanden, zeigt ein Unverständnis über die Funktionsweise von gesellschaftlichen Prozessen.

Verträge kommen naturgemäß dann zustande, wenn sie beiden Seiten etwas zu bieten haben. In diesem

Fall war es für den progressiven Teil der Gesellschaft ein möglicher Weg zu einer neuen Verfassung. Für die Rechte war die Zusicherung wichtig, dass dieser Weg nur beschritten wird, wenn wirklich eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung das auch will.

Ein Grund für die Ablehnung dieser Vereinbarung kann auch in einer nicht eingestandenen Ahnung gelegen haben. Der Ahnung, dass man doch nicht der Sprecher des chilenischen Volkes ist. Eine Mehrheit überspringt jede elektorale Hürde mit Leichtigkeit.

Die Fortschreibung des Mythos findet sich bei der Wiedergabe des Ergebnisses der ersten Volksabstimmung. „Am 25. Oktober 2020 votierten die Chilenen bei einem nationalen Referendum mit 78,28 Prozent der Stimmen für eine neue Verfassung.“ Das entspricht der ermittelten Zahl der oben zitierten Meinungsumfrage.

Es wäre schön gewesen, wenn das der Realität entsprochen hätte. Die Zahl ist korrekt, doch die dahinter stehenden Wähler bildeten eine gesellschaftliche Minderheit. Bei einer Wahlbeteiligung von 51 % standen 5,9 Millionen Verfechtern einer neuen Verfassung 8,9 Millionen gegenüber, die dagegen oder denen das egal war. Diese Gegenüberstellung zeigt nicht die ganze Dramatik der Lage. Ungefähr eine Million Wahlberechtigte hatten sich nicht in die Register eingetragen. Bezieht man auch sie in die Betrachtung ein, haben sich nur 38 % für eine neue Verfassung ausgesprochen. Das ist natürlich „ein großer Teil der Bevölkerung“, aber nicht ansatzweise die Mehrheit.

Gabriel Boric

Die Umstände der Wahl von Gabriel Boric zum chilenischen Präsidenten stellt Kohl Parra auch etwas eigenartig dar. Ja, diese Wahl war eine Schicksalswahl, aber nicht so, wie es im Artikel beschrieben wird. Man kann von Glück sprechen, dass der Kommunist Daniel Jadue die Vorwahl gegen Boric verloren hat. Wäre es anders gewesen, hätte José Kast wahrscheinlich schon 2021 die Präsidentschaftswahl gewonnen. Boric konnte nur siegreich aus der Stichwahl hervorgehen, da ca. 1 Million Nichtwähler des ersten Wahlgangs

aus Angst vor einem rechtsradikalen Präsidenten sich dann doch noch an der Abstimmung beteiligt haben. Das waren wahrscheinlich die Menschen, die das Gesetz über die Einleitung des Verfassungsprozesses „als fundamentalen Verrat wahrgenommen“ haben.

Diese Wahlenthaltung hat der Rechten zu mehr Abgeordneten verholfen. Ein Grund, warum Boric, unabhängig davon, wofür er persönlich steht, „viele seiner sozialen Versprechen nicht einlösen“ konnte. Dieser wichtige Punkt darf in einer Betrachtung der sozialen Explosion und des folgenden Verfassungsprozesses nicht fehlen.

„Im Jahr 2021 wurde Jadue schließlich mit einer überwältigenden Mehrheit als Bürgermeister wiedergewählt, während es der kommunistischen Partei gelang, sämtliche Sitze im Gemeinderat zu erringen.“ Man kann ja die Fakten so einseitig darstellen, wie das Kohl Parra mit dem Ergebnis des ersten Referendums gemacht hat, aber sie sollten dann auch stimmen. Hier ist das mit der Mehrheit für Jadue richtig, aber so glamourös war sie dann doch nicht. Bei einer Wahlbeteiligung von 40 % hat er fast 62 % erhalten. Von den Prozenten her gesehen, ist das natürlich ein überwältigender Sieg. Bezogen auf die Wahlberechtigten waren das aber keine 25 %. Woher die Information stammt, dass die KP alle Sitze im Gemeinderat gewonnen hat, kann nur der Autor der jW beantworten. Nach Auskunft der Wahlbehörde Servel⁶ hat die Partei damals fünf von acht Mandaten erhalten. In der darauf folgenden Wahl, nun im Rahmen der Wahlpflicht, konnte das Bürgermeisteramt zwar mit 35 % verteidigt werden, aber die Zahl der Gemeinderäte ist auf drei gesunken.

Auch hier wird am linken Mythos gestrickt. Ein schöner Erfolg der KP, der aber auf einer prekären Basis stand, wird übertrieben dargestellt. Am Ende wird das noch mit einer falschen Information gesteigert.

Es ist ja nicht so, dass Kohl Parra keine Kritik am Agieren der Bewegung übt. Er hat recht damit, dass die Gegner einer neuen Verfassung die „skurrilsten Akteure“ unter den Befürwortern ins Zentrum ihrer Agitation stellten. Aber warum wurden diese Leute in den Verfassungskonvent gewählt?

5– https://de.wikipedia.org/wiki/Un_violador_en_tu_camino

6– <https://www.servel.cl/biblioteca-de-documentos/resultados-electorales-historicos/>

Wenn er von „*einer tieferen ideologischen Krise der chilenischen Linken*“ spricht, muss er eigentlich darauf hinweisen, dass das für die Linke der gesamten westlichen Welt gilt. Die ideologischen Gegensätze in der chilenischen Linken kann man, im Rahmen deutscher Verhältnisse, auch bei der Spaltung der Linkspartei beobachten.

Am Ende stellt Kohl Parra fest: „*Die Frage ist nicht, ob der Widerstand gegen den Neoliberalismus in Chile wiederkommt, sondern ob die Linke dann in der Lage sein wird, den Kampf erfolgreich zu führen.*“ Auf der Basis solcher Analysen sicher nicht. Eine tatsächliche Erörterung der Probleme der chilenischen Linken muss in der Geschichte sehr

weit zurück gehen. Dabei muss man die Weggabelung suchen, an der sie falsch abgebogen ist. Seit dieser Zeit ist sie das willige Schreckgespenst, mit dem als Sparringspartner die jeweils stärkste Kraft der Bourgeoisie bzw. des Imperialismus ihre Ziele mit Leichtigkeit umsetzen kann.

Emil Berger

Briefe an die Redaktion zu den Leserbriefen in Arbeiterstimme, Nr. 232

Vorbemerkung der Redaktion

Wir beenden mit dem folgenden Abdruck die Auseinandersetzung über Karuscheits Trilogie zur neueren deutschen Geschichte (Teil 1), die mit der Rezension in der Arbeiterstimme 229 / Herbst 2025 begonnen hatte. Jede Seite hatte die Möglichkeit, ihre Anmerkungen zum Text und zu den theoretischen Konzepten des Autors auszuführen. Unserer Meinung nach sind alle wesentlichen Positionen ausgetauscht.

Mehr kann vom Ansatz des Leserbriefs nicht erwartet werden.

Leserbrief zur Debatte über die Rezension von Karuscheits Trilogie.

Vorab: Diese Debatte will ich nicht umfassend fortsetzen, weil die Auseinandersetzung über den Klassencharakter der Novemberrevolution zwischen Heiner Karuscheit und mir schon vor Jahren viel Zeit eingenommen hat und ich nicht damit rechne, dass sie zu einem Ende kommen könnte dergestalt, dass wir uns grundsätzlich einig würden und einige „Missverständnisse“ beseitigt wären. Ich glaube, das wird nicht passieren, aber unsere Positionen sind bekannt und das muss reichen.

Aber eine Stelle im Leserbrief von Emil Berger (S. 28) ist mir besonders aufgefallen, und dies erfordert eine Richtigstellung. Es heißt dort: „*Dagegen unterstellt F/HU der damaligen Arbeiterklasse und ihren Organisationen den Willen und die Bereitschaft zu ernsthaftem Widerstand gegen die Herrschenden.*“ Die weiteren Schlussfolgerungen von Berger sollten dort nachgelesen werden.

Mit Verlaub, das ist Unsinn. Erstens möchte ich wissen, welche meiner Formulierungen aus meinem Leserbrief in der Arbeiterstimme 230 so grob missverstanden worden sein könnten, vermutlich aber ist diese Aussage völlig aus der Luft gegriffen. Denn zweitens und hier entscheidend ist doch, dass zu „*der damaligen Ar-*

beiterklasse und ihren Organisationen“ ganz offensichtlich auch die SPD (heute dürfte man diese Einordnung freilich nicht mehr treffen, damals aber noch eindeutig) und die reformistisch geführten Gewerkschaften gehörten. Die Führungen (und Basismehrheiten) dieser Organisationen hatten wirklich keine „*Bereitschaft zu ernsthaftem Widerstand gegen die Herrschenden*“, sondern schlossen mit ihnen Abmachungen wie das Ebert-Gröner-Bündnis mit dem preußischen Militär, das Stinnes-Legien-Abkommen mit den Unternehmerverbänden etc. Ebert formulierte ganz deutlich: „*Ich hasse die Revolution wie die Sünde*“.

Zur Revolution entschlossen waren Teile der Arbeiterklasse und deren Organisationen, wenn man damit etwa das Spektrum von Spartakusbund, anderen linken Gruppen, Revolutionären Obleuten, Teilen der USPD meint und deren Anhänger:innen. Diese befanden sich aber derart in der Minderheit, dass sie keine schlüssige Strategie entwickeln konnten, vielmehr oft genug Ratlosigkeit zeigten wie etwa in den Januarkämpfen, speziell am 6. Januar 1919, als – nach zeitgenössischen Berichten – 200.000 Bewaffnete in Berlin-Tiergarten zusammenkamen, aber die Spitzen dieser Gruppen sich nicht auf ein weiteres Vorgehen einigen konnten (vgl. Arbeiterpolitik 5/6

Dezember 2018, S. 6 f.). Angesichts der Truppenmassierung um Berlin herum hätte das wohl nicht ausgereicht. Das festzustellen, bedeutet nicht, „*einer großen Revolutionärin* (Rosa Luxemburg) *keine Ehre anzutun*“, wie Karuscheit es in seinem Leserbrief der gleichen Arsti-Ausgabe gegen mich formuliert, sondern auf die realen Kräfteverhältnisse einzugehen, wie man sie im Nachhinein beurteilen kann.

Am Ende schreibt Berger: „*Das sind Beispiele des Verhaltens einer Bewegung, vor der sich die herrschende Klasse wahrlich nicht zu fürchten hatte. Deshalb war die Basis des Klassenkompromisses von Bürgertum und Adel entfallen. Oder will hier wirklich jemand ernsthaft widersprechen?*“ Ja, ich.

Das ist eine Ex-Post-Behauptung. Zeitgenoss:innen sahen das auf allen Seiten naturgemäß anders. Die Basis des Klassenkompromisses Junker-Bürgertum war entfallen nicht durch den Reformismus, sondern durch die Abschaffung der Monarchie und anderer Relikte der Adelsmacht. Die Revolutionsfurcht der Herrschenden war aber auch in der neuen Konstellation noch da, je nach Stand der Entwicklung in der Weimarer Zeit und trotz der nachhaltigen Spaltung der Arbeiterbewegung. Wie sonst sollte sich erklären lassen, dass die Herrschenden schließlich doch auf die Gewaltlösung des Faschismus setzten? Aber das ist ein weiteres Thema, deshalb höre ich jetzt auf.

Also zum Schluss nochmal, damit es nicht untergeht: Wo soll ich diese unsinnige Aussage getroffen haben, die mir unterstellt wird?

F/HU

Rezension

Der Genozid in Palästina

Eine kurze Rezension



Ist nicht schon alles gesagt und geschrieben worden zu den furchtbaren Verbrechen, die der israelische Staat im Gefolge der Ereignisse vom 7. Oktober 2023 in Gaza begangen hat? Verfolgt man die deutschsprachigen Leitmedien, ist das Thema abgehakt. Wen interessiert noch das Dahinvegetieren von Hunderttausenden Menschen in der Trümmerwüste von Gaza und die Perspektivlosigkeit der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland? Zu groß ist die Zahl der Betroffenen. Selbst der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von USA und Israel gegen den Iran verschwindet bereits wieder aus den Schlagzeilen. Und wie steht's mit dem Libanon? Ach ja, eine deutsche Ministerin musste beim Anflug auf Beirut umkehren, wobei ihre bzw. unsere Regierung wegen der Staatsräson fest auf der Seite der Angreifer steht. Und wegen dieser Staatsräson macht man sich hierzulande keine Freunde, wenn man den Begriff Genozid verwendet. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass Georg Auernheimer das Thema Palästina noch einmal aufgreift und auf etwa 100 Seiten wichtige Aspekte zusammenfasst. Schon in seinem letzten Buch – erschienen 2025 – hat

er sich mit dem Begriff Antisemitismus auseinandergesetzt; dazu ist in der Arbeiterstimme Nr. 231 eine Rezension erschienen. Im Klappentext des gerade erst erschienenen Buches über den Genozid verweist der Autor auf wichtige Fragen: „Was, wenn eines Tages der Genozid am palästinensischen Volk nicht mehr zu leugnen ist? Wie werden die, die jetzt ihre Stimme erheben könnten, mit ihrer Drückebergerei umgehen? Oder gar die, die Israel nach wie vor offensiv verteidigen, die propalästinensischen Proteste unterdrücken? Wird dann in manchen Kreisen betretenes Schweigen herrschen? Was werden Lehrer machen, wenn Schüler auf das Thema zu sprechen kommen und mehr darüber wissen wollen?“ Gerade auch für Letztere bietet Auernheimer einen kompakten Überblick über zentrale Aspekte des nahöstlichen Konflikts. Das Buch ist in vier Kapitel unterteilt. Im ersten Kapitel zeichnet es das Projekt des zionistischen Siedlerkolonialismus bis zum „Deal von Oslo“ nach. Die Entwicklung des Gazastreifens steht im Mittelpunkt des zweiten Kapitels. Ein weiterer Aspekt ist der systematische Terror der israelischen Besatzung und der radikalen Siedlergruppen im Westjordanland. In Kapitel drei wagt der Autor, „eine friedliche Koexistenz“ anzudenken, wohl wissend, mit wie vielen Fallstricken diese behaftet wäre. Dazu Auernheimer: „Es erscheint verrückt, aber die von vielen Wissenschaftlern und Intellektuellen in Israel und der jüdischen Diaspora, aber auch von Teilen des palästinensischen Widerstands favorisierte Alternative ist die Ein-Staat-Lösung als Zukunftsmodell.“ (S. 89) Das letzte Kapitel ist den Auswirkungen des US-israelischen Vorgehens auf den gesamten Nahen Osten (Westasien) und auf das internationale Völkerrecht vorbehalten. Wem ist dieses Buch, das im wahrsten Sinne des Wortes von Format und Umfang ein Taschenbuch ist, vor allem zu empfehlen? Diese Frage

ist nicht leicht zu beantworten. Mit Sicherheit ist es jenen zu empfehlen, die diesen komplexen Konflikt ohne zu großen Aufwand besser verstehen wollen. Die im Buch enthaltene Literaturliste kann dazu anregen, manche Sachverhalte zu vertiefen. Wer der festen Überzeugung ist, zum Nahostkonflikt schon alles zu wissen und der deutschen Staatsräson bedingungslos anhängt, wird dieses Buch nicht lesen. (hd)

Georg Auernheimer: Der Genozid in Palästina Die lange Vorgeschichte, die Verantwortung des Westens und die Welt danach, Berlin 2026 (118 S., 14,80 €)

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

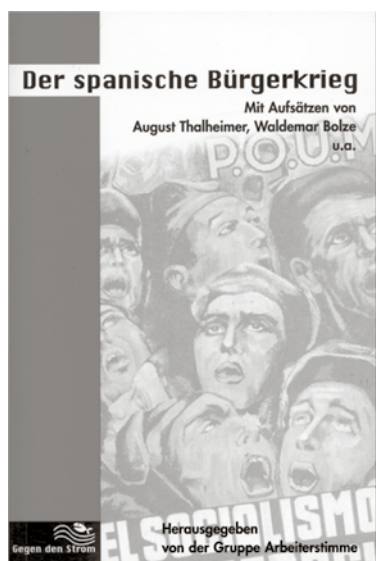
Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Münir Derventli, GLS-Bank
IBAN: DE70 4306 0967 1353 5653 00
BIC GENODEM1GLS

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilung gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org